Plutus

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 7. Februar 1914. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Nach dem Sturm.

Von 400 Millionen neuer Schatzscheine hat Preußen 50 Millionen fest an ein Konsortium begeben und 350 Millionen durch das Preußenkonsortium zur öffentlichen Zeichnung auflegen lassen. Auf diesen Betrag sind rund 25 Milliarden Mark gezeichnet worden, so daß wir mit einem gewissen Stolz auf eine siebenzigfache Ueberzeichnung hinweisen konnten. Mit Recht ist demgegenüber gesagt worden, daß nur rosenrotester Optimismus an den Ernst aller Zeichner glauben könne. Denn selbst wenn man annimmt, was sicher zu sein scheint, daß das Ausland sich diesmal erheblich an der Subskription beteiligt hat, so wird niemals im Moment eine Kapitalbereitschaft in Höhe von auch nur annähernd 25 Milliarden intra et extra muros vorhanden sein. Man muß weiter berücksichtigen, daß ein Zeichnungpreis von 97% für eine 4%ige Anleihe, die in 16 Jahren mit pari rückzahlbar ist, einen außerordentlich starken Anreiz bieten mußte, und es kommt endlich hinzu, daß schon eine ganze Reihe von Tagen vor Schluß der Zeichnung durch die Blätter die Nachricht von einer erheblichen Ueberzeichnung ging, so daß also jeder, der überhaupt auch nur einen kleinen Betrag ernsthaft zu erhalten wünschte, das Zehnfache mindestens zur Subskription anmeldete. Jedoch zieht man das alles in Betracht, so bleibt doch immerhin ein sehr schöner Erfolg der Moral, welcher außerordentlich hoch zu werten ist. Wir haben lange keine Ueberzeichnungen gehabt, und da scheint es doppelt und dreifach wertvoll, daß mindestens doch mehrere Milliarden ernsthaft in einem Moment gezeichnet werden, in dem eine riesige Vermögensabgabe von allen Besitzenden soeben erst verlangt worden ist, in einem Moment, dem kurz voraus eine Epoche gegangen war, in der die deutsche Kapitalkraft und Solidität von lieben Freunden im Ausland fortgesetzt bestritten und bezweifelt wurde.

Dieser Erfolg, auch wenn man ihn so ruhig wie möglich betrachtet, und wenn man die reellen Ziffern so niedrig wie möglich einschätzt, ist nach den verschiedensten Richtungen hin sehr lehrreich. Zunächst geht aus ihm hervor, daß die düsteren Prophezeiungen, die an die Vermögensabgabe geknüpft wurden, sich durchaus nicht bewahrheitet haben. Gewiß, die Abgabe ist noch nicht bezahlt, aber schließlich waren am Zeichnungtermin die Steuerdeklarationen bereits ausgefertigt, und jeder wußte genau, was er zu bezahlen hatte. Die Besitzer von Vermögen, die angeblich zertrümmert sein sollten, zeichnen keine Staatsrenten. Die Schröpfung war für die einzelnen empfindlich, aber sie war für unsere Gesamtwirtschaft nicht schädlich. Der Vorgang beweist, daß wir eine Reichsvermögenssteuer durchaus tragen können, und daß selbst eine ergänzende Reichseinkommensteuer die Kapitalbildung in Deutschland niemals nennenswert beeinflussen kann. Diese Kapitalbildung ist in Deutschland nach wie vor sehr stark. Sie bleibt allerdings — daran ändert natürlich auch das gute Resultat der Subskription nichts — hinter dem Bedarf aus ungehemmter Unternehmunglust zurück. Aber sie stellt doch einen glänzendes Beweis für die Fortentwicklung unserer Nationalwirtschaft dar, die auch dem Ausland Achtung abnötigen muß.

Zweifellos ist der Erfolg zu einem erheblichen Grade auch der geschickt ausgewählten Anleihe-

form zu danken. Vor Jahren habe ich hier schon die Auffassung vertreten (zu einer Zeit bereits, als es noch viele Anhänger des damals allein seligmachenden dreiprozentigen Typus gab), daß im niedrigen Nominalzinsfuß für die Staatswirtschaft nicht das Heil liegen könne. Denn je niedriger der Nominalzins einer Anleihe ist, desto mehr fällt, wenn die Anleihe unter pari ausgegeben werden muß, der hohe Effektivzinsfuß dem Staate dauernd zur Last. Und aller Nutzen, der aus der Aufbesserung des durchschnittlichen Zinses im Lande entstehen kann, fällt in Gestalt des Kursgewinnes dem Staatsgläubiger zu. Der Staat selbst aber hat nach jeder Richtung hin das Nachsehen. Diesmal zahlt Preußen allerdings einen Effektivzins von rund $4^1/_2$%. Aber in jedem Jahre tilgt es 25 Millionen. Entweder bleiben diese Jahresquoten wirklich zurückgezahlt, dann würde das eine erfreuliche Neuerung in unserer bisher auf stete Schuldenvermehrung bedachten Finanzwirtschaft bedeuten. Oder man wird die getilgten Beträge nicht entbehren können, dann scheint es bei der jetzigen Besserung der Zinsverhältnisse beinahe sicher, daß man nach der Tilgung der zweiten oder dritten Rate wieder zum niedrigen Anleihetypus und Parimission wird zurückkehren können.

Denn viel erfreulicher noch als der momentane Erfolg der neuen Anleihe scheint mir der Begleitumstand, daß im allgemeinen das Interesse für Rentenwerte sich zu beleben beginnt. Auch da muß man natürlich von dem Ueberschwang der Begebnisse ein Gutteil dessen abziehen, was auf Rechnung von Phantasie und Spekulation zu setzen ist. Die starke Kurssteigerung, die insbesondere unsere 3%igen Renten kurz vor und während der Zeichnungfrist aufzuweisen hatten, ist natürlich nicht etwa bloß durch den plötzlich entstandenen Ansturm seriöser Käufer erfolgt, sondern die Manipulationen des Emissionskonsortiums und die dadurch angeregte Spekulationslust der Kulisse sind in Wirklichkeit die treibenden Kräfte gewesen. Allein auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß es sich hier nicht um Aktien handelt, von denen ein paar Millionen auf den Märkten schwimmen, sondern um Staatsrenten im Umfange von vielen hundert Millionen. Die manipuliert man nicht so ohne weiteres, und man darf wohl sagen, daß die überraschende Kurssteigerung, die allseitig eingesetzt hat, doch nicht anders zu deuten ist, denn als der Beginn einer neuen Aera des Interesses für Staatsrenten. Daß die Reichsbank neuerdings ihren Diskont herabsetzen konnte, spricht gegenüber der Auffassung der Pessimisten, zu denen ich selbst bis vor wenigen Wochen noch gehört habe, dafür, daß die Geldflüssigkeit im Wachsen begriffen ist. Es scheint doch, als ob allmählich die Warnungen der Einsichtigen Wurzel geschlagen, und die Spekulation in unserem Geschäftsleben zurückgedämmt haben. Nicht, als ob wir nicht noch immer mehr verschuldet sind, als gut erscheint. Aber die Kapitalien, die während der letzten Jahre sich an den verschiedensten Aktienkategorien versucht haben, kommen allmählich wieder auf den Anleihemarkt zurück, weil die wachsende Dividendenmisere vieler unserer Aktiengesellschaften auf der einen und die reichliche Erhöhung des Realzinsfußes für Rentenwerte durch die ständigen Kursrückgänge schließlich doch weite Kreise der Kapitalisten darauf aufmerksam machen, daß die neuen Verhältnisse ihnen wieder gestatten, reichlich zu essen und doch gut zu schlafen. Es scheint, als ob, wenn auch noch nicht heut und morgen, so doch in absehbarer Zeit, diese Besserung auf dem Anleihemarkt ihre Ausstrahlungen auf weitere Gebiete der Volkswirtschaft erstrecken wird. Mit Recht hoffen die Hypothekenbanken bereits wieder auf eine neue Aktivitätperiode. Zurzeit können sie zwar noch nicht wieder neue Pfandbriefe emittieren. Aber nach übereinstimmenden Berichten ist es den meisten von ihnen bereits gelungen, von den Pfandbriefen, die sie in den vergangenen Jahren haben zurückkaufen müssen, erhebliche Mengen abzustoßen. Kommen sie erst wieder in eine neue Geschäftsperiode hinein, so werden sich bald die Verhältnisse auf dem Baumarkt ändern, und vielleicht wird dann über kurz oder lang von dort her die Eisenindustrie neue Anregungen empfangen. Das sind alles vorläufig natürlich nur Zukunftaspekte. Aber schon die Tatsache, daß man es wagen darf, wieder einmal den Horizont (der ja allerdings noch immer Wolken zeigt) mit froheren Augen zu betrachten, scheint mir von außerordentlicher Bedeutung.

Daß wir in einer verhältnismäßig kurzen Zeit aus einer geradezu bedrohlichen finanziellen Situation herausgekommen sind, verdanken wir ganz wesentlich der Initiative unserer Staatsbehörden. Ich habe an dieser Stelle vielfach die bürokratische Unzulänglichkeit und den naiven Optimismus unseres Beamtenkörpers als Gesetzgeber und als wirtschaftliches Exekutivorgan zu kennzeichnen gehabt. Um so mehr aber fühle ich heute die Verpflichtung, darauf hinzuweisen, wieviel tüchtige Kraft in unserer Beamtenschaft in bezug auf die Fähigkeit zu verwalten und zu überwachen liegt. Die privatwirtschaftliche Tüchtigkeit unseres Volkes hat uns zu enormen

wirtschaftlichen Leistungen befähigt. Aber diese Tüchtigkeit hat uns gleichzeitig bis hart an Abgründe gebracht, deren wir uns nur schaudernd erinnern. Die privatwirtschaftenden Individuen haben etwas von der engelhaften Ahnunglosigkeit der Kinder an sich, die über Schlünde laufen, die nur lose verdeckt liegen, und die auf den verkehrsreichsten Straßen sich lachend tummeln. Ihnen passiert nichts, weil der Engel der Ahnunglosigkeit sie beschützt, der das beste Bollwerk gegen die Furcht bildet, die uns zu Falle bringt. Wenn irgendwann einmal das Gleichnis vom „Reiter über den Bodensee" berechtigt war, so während der letzten paar Geschäftsjahre. Wir dürfen nicht nur, sondern wir müssen es uns heute sogar gestehen, daß vor mehreren Jahren ein Krieg für uns eine fürchterliche Katastrophe bedeutet haben würde. Wenn unsere Gegner damals unsere finanzielle Position gekannt hätten, die der des überschuldeten reichen Mannes glich, sie hätten vielleicht weniger gezaudert, uns einen Denkzettel zu geben. Darüber braucht man sich durch keine schönen Reden von Bankiers und durch keine noch so dickleibigen Bücher, die in der damaligen Zeit der Not geschrieben worden sind, hinwegtäuschen zu lassen. Das alles liegt glücklicherweise hinter uns. Aber wir wünschen keine Wiederholung. Daß wir aber jene Zeit überwunden haben, verdanken wir den starken Eingriffen unserer Zentralbehörden und insbesondere der Reichsbank. Als die Bankdirektoren und ihre Gefolgschaft lächelnd zur Bankenquète zogen, da wußten die Einberufer und Leiter jener Enquète, wie ernst die Situation war. Und ihrem energischen Bestreben ist es auch namentlich zu danken, daß bei aller schuldigen Höflichkeit, die man Kapazitäten wie dem verstorbenen Fischl entgegenbringen mußte, man sich nicht bei den Spielereien und geistvollen Debatten über deutsche und fremde Goldmärkte aufhielt und sich auf diese Nebendinge festlegen ließ, sondern, daß man kraftvoll auf die Hauptsache lossteuerte: der Reichsbank und damit indirekt der Staatsgewalt die Herrschaft über den Geldmarkt zurückzuerobern. Man mag über den Einfluß des Staates auf das Wirtschaftleben denken, wie man will. Man mag sich grundsätzlich zu einem mehr oder weniger modifizierten Manchestertum oder zum Neumerkantilismus bekennen. Man wird zugeben müssen, daß die Organisation des Geldwesens Sache des Staates ist. Aber der Staat hat nicht nur das Recht und die Pflicht, Münzen zu prägen, deren Feingehalt zu bestimmen und für Umlaufsmittel zu sorgen. Das ist eine ganz oberflächliche Auffassung der Dinge. Die Staatsgewalt muß vielmehr aus Sorge um das Geldwesen überall sofort regulierend eingreifen, wo das Treiben der Privatwirtschaft die vom Staat gegossene Form zu zersprengen droht. Aus dieser Rechtskonsequenz müssen wir dem Staat im weitesten Umfange die Befugnis einräumen, die Entwicklung des Aktienwesens zu beaufsichtigen, die Festlegung der Kapitalien zu überwachen und insbesondere warnend seine Stimme zu erheben, wo wir im Verkehr mit dem Ausland Gefahren für das Geldwesen heraufbeschwören. Unter dem heftigen Widerspruch unserer Kaufleute, ja teilweise auch unserer liberalen Politiker, haben Kanzler, Staatssekretäre und Minister auf die Kreditgebarung unserer Privatbanken, auf die zahlreiche Beteiligung an Emissionen, Anleihen hingewiesen und sie haben damit nur zu recht gehabt. Unter dem Widerspruch derselben Kreise hat der Reichsbankpräsident eine schärfere Kontrolle über die den Kredit des Zentralnoteninstitutes in Anspruch nehmenden Geschäftsleute und Institute verlangt. Unter dem Widerspruch auch eines großen Teiles der Theoretiker haben wir die kleine Note in den Verkehr gebracht, neue Schatzscheine eingeführt und den Kriegsschatz an Gold und Silber vermehrt. Und heute grollen die Gegner jener Maßnahmen nur noch deshalb, weil sie nicht von ihnen erfunden wurden. Der Erfolg dieser Staatseingriffe gibt uns das beruhigende Bewußtsein, daß es nur richtig ist, auf demselben Wege fortzuschreiten. Die privatwirtschaftliche Initiative kann sich nur dann, aber dann auch um so freier entfalten, wenn sie durch Verwaltungmaßnahmen gebändigt wird, die frei von jeder kleinlichen Reglementierungsucht die großen für das allgemeine Wohl in Betracht kommenden Gesichtspunkte nie aus den Augen verliert, die der private Geschäftsmann einfach nicht haben darf, wenn nicht sein erfolgversprechender Wagemut darunter leiden soll.

Vielleicht ist gerade an dieser Stelle ein ganz kurzer Hinweis darauf gestattet, daß eine andere viel befehdete und schließlich doch nur durch die Staatsenergie durchgesetzte Institution in all den trüben Zeiten eine starke Stütze für unsere Staatsrente gewesen ist. Wie sähe wohl der Kurs unserer Anleihen heute aus, wenn nicht die Organisationen unserer sozialen Versicherungen jährlich Millionen und Millionen Anlage für die Gelder gesucht haben würden, die man den widerwillig Zahlenden in kleinsten Summen aus den Taschen holt?

Apotheker.

Von **Hans Goslar**=Berlin.

Die tiefgreifenden wirtschaftlichen Umwälzungen, die seit der politischen Einigung Deutschlands in unserem Vaterlande vor sich gegangen sind, sind auch an den nicht eigentlich merkantilen Erwerbszweigen, die zu den akademischen Berufen gerechnet werden, nicht spurlos vorbeigegangen. Wohl auf wenig Gebieten aber sind so bedeutsame Veränderungen vor sich gegangen, wie im deutschen Apothekergewerbe, wo man von einer weitgehenden Umformung der inneren wirtschaftlichen Struktur innerhalb der letzten vier Jahrzehnte sprechen kann. Nach außen hin ist allerdings diese für den Apothekerstand privatwirtschaftlich sehr eingreifende und volkswirtschaftlich recht bedeutsame Neuordnung der Dinge niemals so kraß in die Erscheinung getreten, daß auch der Laie aufmerksam geworden wäre, und die Oeffentlichkeit sich veranlaßt gesehen hätte, sie des öfteren zu debattieren; so kommt es, daß die den Apothekerstand heute bewegenden Fragen in der Hauptsache in der Fachpresse und den Berufsvereinen verhandelt worden sind, und so auch weite wirtschaftlich interessierte Schichten über die jüngeren und jüngsten Vorgänge ökonomischer Natur im Apothekergewerbe nicht oder nur oberflächlich orientiert sind. In den nachfolgenden Zeilen soll — soweit es die recht komplizierte und für den Nichtfachmann immerhin ziemlich undurchsichtige Materie zuläßt — die wirtschaftliche Lage des deutschen Apothekers einer Untersuchung unterzogen werden.

Der Apotheker arbeitet einerseits wissenschaftlich, insoweit er im Laboratorium Untersuchungen und Analysen vornimmt, vor allem aber nach Anordnung des Arztes in der Offizin rezeptiert. Zu dieser Tätigkeit ist eine ganz bestimmte Vorbildung erforderlich, ebenso wie große Sorgfalt und Vertrauenswürdikeit zu der Ausübung einer derartigen sehr verantwortungvollen und die Arbeit des Arztes ergänzenden Beschäftigung gehören. Auf der anderen Seite aber ist der Apotheker Kaufmann, genau genommen Kommissionär der großen chemischen Fabrikkonzerne, die in ungeheurer Menge Nährpräparate, Stärkungmittel, gebrauchsfertig verpackte Medizinalpulver und Tabletten auf den Markt bringen. Diese Zweiteilung in der Arbeitstätigkeit des Apothekers ist erst verhältnismäßig jungen Datums, und von ihr rührt eigentlich der Anstoß zu der im hohen Maße gegen früher veränderten wirtschaftlichen Position des Apothekers her. Es erscheint uns heute ganz geläufig, daß wir uns irgendein in der Apotheke gebrauchsfertig lagerndes Mittel, das aus einer der großen chemischen Fabriken stammt, verschreiben lassen. Und in vielen Fällen nehmen wir uns gar nicht mehr die Mühe, zum Arzt zu gehen, sondern kaufen uns eines dieser beim Apotheker und (worauf noch zurückzukommen sein wird) meist auch beim Drogisten zu habenden Mittel, die uns bei ähnlicher Gelegenheit gut getan haben. Und die Zahl der Leute, die sich krank oder elend fühlen, oder beim Lesen der in den Tageszeitungen angepriesenen Inserate für Stärkungpräparate sich einreden, eines oder mehrere Symptome, bei deren Vorhandensein man zum Bezuge dieses Mittels greifen muß, bei sich zu bemerken, und die die getreue Kundschaft der Apotheken für alle möglichen und unmöglichen auf den Markt gebrachten Nähr= und Stärkungpräparate bilden, ist außerordentlich groß. Immer mehr und mehr ver dichten sich alle diese Vorgänge zu der Erscheinung, daß sich die großen chemischen Fabriken mit ihrer ungeheuer starken, in alle Volkskreise dringenden, auf zahlreiche Menschen suggestiv wirkenden Reklame zwischen den Arzt und das Publikum drängen. Die naturgemäße Folge ist, daß der Apotheker immer weniger zu rezeptieren bekommt, daß sein eigentlicher in langem Studium erlernter Beruf, das Mischen der vom Arzt verordneten Arzneien, immer mehr hinter der Verkaufstätigkeit für die Erzeugnisse der chemischen Fabriken zurücktritt. Und da auch der Arzt in sehr vielen Fällen aus dem einfachen Grunde, weil bestimmte chemische Fertigfabrikate denselben Dienst tun, auf die Verordnung einer eigens anzufertigenden Arzei verzichtet und ein von einer der chemischen Fabriken angefertigtes Präparat verschreibt, so kann die Feststellung nicht wundernehmen, daß der Apotheker, der noch vor 30 Jahren nur einen sehr geringfügigen Stapelbestand von Fabrikwaren zu führen brauchte und in der Hauptsache alles Angeforderte selbst herstellte, heute nur etwa zu einem Drittel seines Umsatzes selbst rezeptierte Heilmittel verkauft, während der doppelte Umsatz auf die von ihm kommissionsweise vertriebenen Fabrikpräparate entfällt. Durch diese Verschiebung im Apothekenbetriebe fühlt sich der Apothekerstand mit Recht ideell und materiell geschädigt. Ideell deshalb, weil er in dem Herabdrücken auf das Niveau eines Krämers — denn ein solcher kann in der Tat genau so gut wie der akademisch gebildete und naturwissenschaftlich geschulte approbierte Apotheker gebrauchsfertig verpackte Tablettröllchen und Pulver, die in den Zeitungen dem Publikum angepriesen werden, verkaufen — eine soziale und gesellschaftliche Schädigung seines Standes erblickt. Materiell aber deshalb, weil der Gewinn, den der Vertrieb der Fabrikwaren ihm läßt, erheblich geringer ist, als der Nutzen aus der eigenen Rezeptierung.

Um nun der veränderten Sachlage und den gewaltigen chemischen Konzernen, die die Verkaufspreise ihrer Präparate natürlich aus eigener Machtvollkommenheit diktieren, einigermaßen gewachsen zu sein, und um durch organisierten Massenbezug der benötigten Mittel die dem Apotheker nicht genügende Gewinnquote aus dem Vertrieb, wenigstens soweit

es irgend möglich war, zu erhöhen, taten sich im Jahre 1902 eine Anzahl berliner Apothekenbesitzer zu einer „Einkaufsvereinigung der Apotheker Berlins G. m. b. H." zusammen. Für die Gesellschaft wurde zunächst ein Stammkapital von 37 000 ℳ gezeichnet. Sehr bald jedoch kam man in Apothekerkreisen zu der Erkenntnis, daß man die im ganzen Deutschen Reiche mit gleicher Heftigkeit auftretende bedrohliche Erscheinung der Geschäftsbeeinträchtigung durch die chemischen Großkonzerne nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte bekämpfen könnte, und daß deshalb an die Stelle einer lokalen Einkaufsgesellschaft die Organisation der deutschen Apotheker zu treten habe. So kam es denn, daß bereits im Jahre 1904 durch das Hinzutreten des drei Viertel aller deutschen Apothekenbesitzer umfassenden Deutschen Apotheker-Vereins die berliner Einkaufsvereinigung in eine den Bedürfnissen der über 4000 Mitglieder dieses Vereins dienende „Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker G. m. b. H." umgewandelt wurde. Diese Handelsgesellschaft, deren Stammkapital sogleich auf 356 000 ℳ erhöht wurde, und die einen volkswirtschaftlich ungemein interessanten (wie auch praktisch erfolgreichen) Akt der Selbsthilfe eines ganzen Standes darstellt, fixierte in einem Aufruf an die Apothekenbesitzer die ihr gesteckten Aufgaben folgendermaßen:

„Wir wollen durch einen solchen Zusammenschluß den einzelnen, insbesondere den wirtschaftlich Schwachen stützen, stärken und ihn zur Selbsthilfe, die zu einer Zeit, wo der Apothekerstand von anderer Seite kaum Hilfe zu erwarten hat, unentbehrlich ist, erziehen und befähigen. Um das zu erreichen, soll zunächst der gemeinschaftliche Einkauf von gewissen Chemikalien, Nährmitteln, Spezialitäten, Verbandstoffen usw., aufgenommen werden. Diese Waren sollen an die Gesellschafter gegen Barzahlung zu gleichen, handelsüblichen Preisen abgegeben werden, der Nutzen aus dem Großeinkauf aber soll gleichmäßig allen Gesellschaftern, entsprechend der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital und an der Warenentnahme, nach Schluß des Geschäftsjahres zufließen (§ 14 des Vertrages), so daß auch der Kleinste unter uns die Vorteile des Großeinkaufes genießt. So wird er dadurch besser in den Stand gesetzt, in den Wettbewerb einzutreten, der ihm nicht selten jetzt in wenig anständiger oder auch in direkt ungesetzlicher Weise von den verschiedensten Seiten bereitet wird. Die Gesamtheit der Gesellschafter wird überdies zu einer Macht werden, mit der auch die Industrie und der Großhandel gerne arbeiten und rechnen werden. Im weiteren soll später die Produktion derjenigen pharmazeutischen Zubereitungen aufgenommen werden, deren Herstellung dem Apotheker im eigenen Laboratorium nicht mehr möglich ist. Auch soll denjenigen Gesellschaftern, welche in der Lage sind, gewisse Präparate in ihrem Laboratorium vorteilhaft im großen darzustellen, durch die Gesellschaft ein Absatzgebiet eröffnet werden."

Das Prinzip der Barzahlung der angeschlossenen Mitglieder, zu dem sich die Handelsgesellschaft in diesem Aufruf bekennt, hat sie bis auf den heutigen Tag durchgeführt, was ihr um so eher möglich war, als die Aufgabe der eigentlichen Kreditvermittlung nicht ihr, sondern zwei unten noch kurz zu behandelnden Instituten, dem Kreditverein Deutscher Apotheker in Danzig, einem genossenschaftlich konstruierten Unternehmen, sowie der Apothekerbank E. G. m. b. H. in Berlin zufällt.

Die Entwickelung, die die Handelsgesellschaft genommen hat, ist in jeder Hinsicht geeignet, ihre Existenzberechtigung zu erweisen. Die nachfolgende Tabelle über die Umsätze und Gewinne der heute über ein Stammkapital von 5 600 000 ℳ (wovon nur ca. 71 000 ℳ rückständige Einzahlungen) verfügenden Gesellschaft möge das illustrieren:

	Bruttoumsatz	Netto-Reingewinn
1904 . . .	541 000	35 954
1905 . . .	2 564 469	169 040
1906 . . .	5 021 085	303 610
1907 . . .	7 269 858	520 784
1908 . . .	9 500 000	699 517
1909 . . .	11 750 000	814 396
1910 . . .	14 500 000	987 871
1911 . . .	18 124 000	1 138 633
1912 . . .	21 884 618	1 266 652

Das in Berlin domizilierende Unternehmen besitzt heute in sechs Großstädten Filialen und 748 Angestellte. Die Vorstands- und Aufsichtratsämter werden noch immer, wie am ersten Tage des Bestehens, ehrenamtlich verwaltet. Die Zahl der Gesellschafter beträgt nahezu 4000. Für das Jahr 1912 konnten wieder an die Gesellschafter 6 % Dividende auf das eingezahlte Stammkapital und 4 % auf die Netto-Warenbezüge der Gesellschafter ausgezahlt werden. Im abgelaufenen Jahre 1913 hat sich das Unternehmen weiter gut entwickelt und der Umsatz dürfte auf 25 Mill. ℳ gestiegen sein.

Diese Handelsvereinigung von 4000 deutschen Apothekenbesitzern stellt eine ganz respektable Macht dar, mit der immerhin die chemischen Fabriken rechnen müssen. Sie stellt eine Macht dar, die nicht nur den Mitgliedern Rabatte erarbeitet, sondern mit der praktische und taktische Erfolge für den einzelnen Apotheker und für den Stand erzielt werden können.

Eine recht schwere Schädigung, die aus dem Eindringen der Industrie in die Arzneimittelbereitung resultiert, erwächst den Apothekern auch aus der Konkurrenz der Drogisten. Durch die kaiserliche Verordnung vom 25. März 1872 ist ein Arzneiwaren feilbietender Drogistenstand geschaffen worden, und man hat damit, wie seinerzeit der breslauer Universitätsprofessor Theodor Poleck schrieb, „den Verkauf aller und darunter recht stark wirkender Drogen und Arzneimischungen, deren sich das Publikum ohne Vermittlung des Arztes zu bedienen pflegt, sowie die Geheimmittel dem freien Verkehr und damit jedem Krämer ohne jede Kontrolle überliefert." Und der preußische Regierung- und Medizinalrat Springfeldt schrieb: „Auch der ungebildetste Krämer und Schankwirt auf dem Lande ist befugt, Arzneiwaren an die Bevölkerung zu verkaufen und, sofern er des Lesens kundig ist, an der Hand eines ihm von einem Großhändler gelieferten Druckschriftchens ärztlichen Rat zu erteilen." Man braucht die

Dinge nicht so kraß anzusehen wie diese beiden Autoren, deren Auffassung selbstverständlich vom Apothekerstande geteilt wird, und man kann zu gewissen Zugeständnissen an Drogisten, die so etwas wie einen kleinen Befähigungnachweis abgelegt haben, bereit sein, wird aber doch zugeben müssen, daß in der Tat der heutige Zustand, daß man beim Drogisten unzählige Mittel, für die gesetzlich der Apothekenzwang besteht, ohne weiteres in den meisten Fällen kaufen kann, im Interesse der Volksgesundheit unerfreulich ist. Durch die starke und zum Teil ungesetzliche Konkurrenz der Drogisten wird so also das Geschäft des Apothekers sehr nachhaltig beeinträchtigt, und die Umsatzvermehrung in Stärkung- und Arzneimitteln, die eine Folge der wachsenden Kopfzahl der Bevölkerung und des zunehmenden Volkswohlstandes ist, in mancher Hinsicht paralysiert.

Will man die Momente, die das Erwerbsleben des Apothekers störend beeinflussen, vollständig aufzählen, so darf man die Warenzeichengesetzgebung vom Jahre 1894 nicht vergessen. Das Warenzeichengesetz gab die Möglichkeit, die vom Patentgesetz freigelassenen Medizinalwaren mit allen möglichen gesetzlich geschützten Namen zu belegen, so daß der Inhaber dieses Warenzeichens die alleinige Genehmigung zur pharmazeutischen Weiterverarbeitung der Präparate hat. Die Wirkungen dieser Gesetzgebung faßt der um den Apothekerstand außerordentlich verdiente Vorsitzende des Deutschen Apothekervereins, Dr. Salzmann, Berlin, in die Worte zusammen: „Es leuchtet ein, daß das Warenzeichen für Arzneimittel ein ungeahnt wirksames Mittel geworden ist, um die eigene Tätigkeit des Apothekers im Laboratorium und in der Offizin lahmzulegen und den Handel mit Spezialitäten und Geheimmitteln zu fördern.“

Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts bildet auch das Krankenkassenwesen eine gewisse Beeinträchtigung des Apothekerstandes. Allerdings gehen die Apotheker, die in den auf die Krankenkassenbezüge zu gewährenden hohen Rabatten eine starke wirtschaftliche Schädigung erblicken, zu weit. Denn auf der anderen Seite hat das Krankenkassenwesen eine gewaltige Zunahme des Medizinkonsums mit sich gebracht, so daß durch den erhöhten Umsatz mit kleinem Nutzen der Ausfall, den die Rabatte veranlassen, größtenteils wettgemacht werden dürfte.

Der Außenstehende, der aus den hier zusammengestellten Schäden im Apothekergewerbe ersehen wird, daß in der Tat der Existenzkampf des nicht begüterten und auf das Einkommen aus seinem Betriebe angewiesenen Apothekenbesitzers heute recht heftige Formen angenommen hat, wird sich zunächst ehrlich darüber wundern. Man ist ja nur zu sehr anzunehmen geneigt, daß die dem Laien sehr hoch erscheinenden Arzneipreise in den Apotheken dem Besitzer zu einer hohen Rente verhelfen müssen, und man glaubt im Volksmunde, wie bekannt, ein Gasthaus nicht treffender als durch den Namen „Apotheke“ als unverhältnismäßig teuer bezeichnen zu können. Man berücksichtigt jedoch hier folgendes nicht:

Ungefähr zwei Drittel der deutschen Apotheken gehören zu der Kategorie der frei verkäuflichen Apotheken, im Gegensatz zu denen mit Personalkonzession. Sie können jederzeit von dem Besitzer an einen anderen approbierten Apotheker verkauft werden, während bei der zweiten Kategorie der Staat das alleinige Besetzungrecht der Apotheke sich vorbehalten hat, und nur dieser im Falle des Ablebens des Besitzers, dessen Konzession dann an den Staat zurückfällt, berechtigt ist, einen Nachfolger einzusetzen. Es ist klar, daß unter diesen Umständen es sich nicht vermeiden läßt, daß starke Preissteigerungen und auch ganz ungesunde Preistreibereien beim Verkauf der frei veräußerlichen Apotheken vorkommen, und daß die Apothekenpreise daher allmählich auf einer nahezu schwindelerregenden Höhe angelangt sind. Es geht also daher dem Apotheker in den meisten Fällen wie dem wenig beneidenswerten Geschäftsmann, der, absolut genommen, ein nicht unbedeutendes Einkommen hat, das aber nicht hinreicht, um das in dem Betrieb investierte unverhältnismäßig hohe Anlagekapital zu verzinsen. Diese Preistreibereien sind auch das gewichtigste Argument, dessen sich die Gegner des freiverkäuflichen Apothekensystems bei ihrer Forderung der Einführung der reinen Personalkonzession in Preußen bedienen. Sie vergessen nur, daß auch die allgemeine Personalkonzession keineswegs das Ideal bedeutet, vielmehr zu weit stärkeren Schädigungen des Standes führen müßte. Man bedenke nur, daß ein tüchtiger Aoptheker doch immerhin durch jahrelange Tätigkeit seiner Apotheke einen gewissen Kundschaftwert erarbeitet, und so zweifellos, ebenso wie jeder kaufmännische Firmeninhaber (wenn auch infolge seines Privilegs, das die Bewohner einer gewissen Gegend seiner Apotheke zuweist, in geringerem Maße als der im Konkurrenzkampf stehende Kaufmann), verlangen kann, daß ihm dieser ideelle Kundschaftwert bei Aufgabe des Geschäfts vergütet wird und nicht einfach dem staatlich bestellten Nachfolger zufällt. Seine Arbeitlust müßte unter solchen Umständen leiden. Dann aber wäre auch zu erwarten, daß die konzessionierten Apothekeninhaber noch bis zu einem weit höheren Alter, als es heute geschieht, ja bis zu ihrem Ableben ihre Arbeit verrichten würden, und nicht wie heute, wenn ein günstiger Verkauf zustande kommt, sich zur Ruhe setzen. Dadurch würde den jungen Apothekern die Möglichkeit der Selbständigkeitmachung, die theoretisch schon im 27. Jahre erfolgen kann, um viele Jahre hinausgeschoben werden. Das würde eine Schädigung dieser jüngeren Elemente bedeuten und viele junge Leute bei der Berufswahl vom pharmazeutischen Studium abhalten. Und zuletzt sei zu bedenken gegeben, daß es immerhin gewagt ist, das Machtmittel der reinen Personalkonzession unbeschränkt in die Hände des Staates zu geben, wo jederzeit die Möglichkeit der Verwendung dieses Instrumentes zu politischen und religiösen Nebenzwecken gegeben ist und auch befürchtet wird.

Um den Apothekern beim Kauf und Verkauf ihrer Geschäfte, bei der Bestellung und Verwaltung von Hypotheken, kurzum bei jeder Art der Kredit-

beschaffung behilflich zu sein, haben sich zwei Institute gebildet, die, obwohl keine offiziellen Unternehmungen der Standesvertretungen, doch die Arbeit der oben geschilderten Handelsgesellschaft ergänzen. Der Kreditverein Deutscher Apotheker in Danzig, ist als genossenschaftliches Unternehmen 1902 mit einem Bestand an eingezahlten Geschäftsanteilen von rund 36 000 ℳ. von 249 Genossen gegründet worden. Ende 1912, nach 10 jährigem Bestehen, waren auf die Geschäftsanteile 1,4 Mill. ℳ. eingezahlt, wozu noch Reserven im Gesamtbetrage von rund 190 000 ℳ. kommen, so daß das eigene Vermögen rund 1,6 Mill. ℳ. betrug. Ferner verzeichnet die Bilanz ca. 6 Mill. ℳ. Depositengelder. Im Jahre 1912 wurde bei einem Gesamtumsatz auf der einen Seite des Hauptbuches von 103,4 Mill. Mark ein Reingewinn von 135 000 ℳ. erzielt. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1912 2191 Genossen. Die Genossenschaft pflegt vor allem den Zwischenkredit, d. h. sie übernimmt Hypotheken vorübergehend bis zur Unterbringung an einen privaten Geldgeber selbst, und sie beleiht ferner Hypotheken in Form von Wechseldarlehen. In den zehn Jahren ihres Bestehens hat die Genossenschaft im ganzen rund 28,9 Mill. ℳ. auf hypothekarische Sicherheit an Apothekenbesitzer vermittelt. Damit ist jedoch ihre Arbeit nicht erschöpft, sie hat einen umfangreichen Kontokorrent- und Bankverkehr, und gewährt ferner auch Studiengelder an junge Pharmazeuten gegen Wechselbürgschaften. — Das zweite Bankinstitut, die in Berlin domizilierende Apothekerbank e. G. m. b. H. hat einen Bestand an eingezahlten Geschäftsanteilen zu Ende 1912 von 400 831 Mark. Sie verfügt über nahezu 1 500 000 ℳ. Depositengelder und erzielte 1912 einen Reingewinn von 528 000 ℳ., woraus 6 % Dividende auf die Geschäftsanteile gezahlt wurden. Der Hauptzweck des Institutes wird von ihm als schnelle Darlehnsgewährung in augenblicklicher Verlegenheit und die prompte Beschaffung von Hypotheken, unterstützt durch die Garantieübernahme seitens der Bank, bezeichnet. Man sieht aus alledem, daß der Apothekerstand es geschickt verstanden hat, sich gut funktionierende wirtschaftliche Hilfsmittel im Existenzkampf zu schaffen.

Revue der Presse.

Die Frankfurter Zeitung (28. Jan.) berichtet über die Bestrebungen, die

Goldreserven der englischen Depositenbanken

zu verstärken. Bisher herrschte in England das sog. Einreservesystem, das darin bestand, daß die Depositenbanken bei der Bank von England ihre sämtlichen Reserven aufspeicherten, was zur Folge hatte, daß in Krisenzeiten natürlich alles auf die Zentralbank zurückgreifen mußte, um so mehr, als die englischen Banken prnizipiell keine Wechseldiskontierungen vornehmen. Die Folge war denn auch, daß die Bank von England, die im Gegensatz zur Bank von Frankreich und zur deutschen Reichsbank keine allzu bedeutenden Goldbestände besitzt, z. B. im Krisenjahr 1907 gezwungen war, zum Zweck der Goldbeschaffung bei der Bank von Frankreich Wechsel zu diskontieren. Nunmehr ist in Gestalt des Leiters der London City & Midland Bank, Sir E. Holden, ein eifriger Verfechter des Prinzips erstanden, dem Einreservesystem ein Ende zu machen und bei den Banken selbst bedeutende Goldreserven anzusammeln. Herr Holden erklärt, daß sein Institut den Anfang mit dieser Maßnahme machen und bereits für die Bilanz per 1914 seinen Goldreservebestand ausweisen werde. Schon aus Konkurrenzgründen werden sich nun wohl auch die übrigen Privatbanken nicht der Verpflichtung, Goldbestände anzusammeln und in ihren Bilanzen auszuweisen, entziehen können. Da Sir Holden es für wünschenswert hält, daß die Banken etwa 6 % der Verbindlichkeiten in Gold ansammeln sollen, würde, auf Basis der Ultimo Dezember 1912 rund 1223 Mill. £ betragenden Verpflichtungen der 81 großen englischen Depositenbanken berechnet, eine Goldreserve von insgesamt 1400 Mill. ℳ. anzusammeln sein. Wenn die Goldreserve wirklich in diesem Umfang angesammelt werden soll, so wird in diesem Jahre England als größter Käufer auf dem Goldmarkt auftreten müssen. — Die Frankf. Ztg. bemerkt zu diesen Vorgängen, daß es außerordentlich wünschenswert wäre, wenn die deutschen Banken ebenfalls aus eigener Initiative sich zu einem ähnlichen Vorgehen entschließen möchten, und nicht, wie bisher, lediglich der Reichsbank die alleinige Sorge für die Stärkung der volkswirtschaftlich so bedeutungvollen Barbestände überlassen würden. — Die Vossische Zeitung (28. Jan.) macht von einer Besprechung innerhalb der Berliner Stempelvereinigung über die

Stempelpflicht der Kontokorrentbedingungen.

Mitteilung. Die Streitigkeiten über die Auslegung der Tarifstelle 59 im preußischen Stempelsteuergesetz vom Jahre 1909 haben nun endlich ihren Abschluß durch eine Reichsgerichtsentscheidung gefunden, in der festgestellt wurde, daß die Banken verpflichtet sind, die bei Eingehung einer Geschäftsverbindung dem Kunden überreichten Geschäftsbedingungen mit 1,50 ℳ. zu verstempeln. Die Banken, die sich gegen die Entrichtung dieser Abgabe bisher gesträubt haben, haben nun nachgegeben, aber in der Besprechung gleichzeitig den Wunsch ausgedrückt, in Zukunft diese Stempelsteuer dem Kunden zu belasten. Gleichzeitig wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Steuerbehörde nicht noch auf der nachträglichen Zahlung der nicht geleisteten Stempelbeträge seit 1909 bestehen werde. — Eine interessante Reichsgerichtsentscheidung über die Frage der

Haftpflicht der Aktiengesellschaft

aus Handlungen eines Vorstandsmitgliedes bei bestehender Gesamtvertretung teilt die Kölnische

Zeitung (29. Jan.) mit. Der Aufsichtrat einer Aktiengesellschaft hatte, was auch von der Generalversammlung nicht beanstandet wurde, geduldet, daß in Abwesenheit des einen Direktors der andere regelmäßig die Aktiengesellschaft vertreten hatte. Das Reichsgericht hat in diesem Fall, als sich der betreffende Direktor auf die Nichtbeachtung der handelsgesetzlichen Vorschriften über die Gesamtvertretung (hiernach bedarf es zu Willenserklärungen der Aktiengesellschaft, soweit nicht im Statut anders bestimmt, der Mitwirkung sämtlicher Vorstandsmitglieder, und eine Ausnahme ist nur statthaft, wenn der Vorstand einzelne Mitglieder zur Uebernahme bestimmter Geschäfte ausdrücklich ermächtigt) berufen hat, die Einrede der Arglist zugelassen. Das Reichsgericht führte aus, daß, wenn unter erkennbarer Duldung der Verwaltung ein Zustand aufkomme, der nach außen den Eindruck mache, als ob keine Gesamtvertretung bestände, die Gesellschaft damit pflichtwidrig handle. Wollten sie aus diesem pflichtwidrigen Verhalten auch noch Rechte zum Nachteil Dritter herleiten, so gebietet die Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und auf Treu und Glauben, daß die Gesellschaft die Willenserklärung des einzelnen Direktors gegen sich gelten lassen muß und eine gegenstehende Erklärung durch den Einwand der Arglist entkräftigt wird. — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (31. Jan.) berichtet über einen Vortrag, den der Vortragende Rat im Ministerium des Innern, Geheimer Medizinalrat Dr. Krohne, im Verein Deutscher Studenten über den

Geburtenrückgang in Deutschland

gehalten hat. Die ständige Abnahme der Geburtenziffer in Deutschland muß uns mit den ernstesten Befürchtungen erfüllen. Die Abtreibungpraxis hat auch schon auf dem Lande in erschreckender Weise um sich gegriffen, und die öffentliche Anpreisung von Verhütungmitteln, unterstützt durch eine bis in die entlegensten Dörfer dringende Propaganda eines vielhundertköpfigen Heeres von Agenten und Agentinnen dieser Industrie untergräbt die Volksmoral in zunehmendem Maße. Die Gründe der Abnahme der Geburten liegen in dem bewußten Willen weiter Volkskreise, nur noch eine geringe Kinderzahl oder auch gar keine Kinder zu haben. Eine solche Anschauung ist als eine bedauerliche Umwertung aller sittlichen Begriffe und als Mangel von Verantwortunggefühl gegenüber Staat und Gesellschaft zu kennzeichnen. Eine noch schärfere Charakteristik verdient auch die immer mehr sich in Frauenkreisen ausprägende Abneigung gegen Geburten, weil man sich „ausleben" will. Entwickeln sich die Verhältnisse so weiter wie heute, so sind wir in zehn bis fünfzehn Jahren auf dem Niveau angelangt, wo sich heute das kinderarme Frankreich befindet. Ja, in einzelnen deutschen Großstädten ist das französische Niveau sogar schon unterschritten. Alle die für die Kinderbeschränkung vorgebrachten Argumente, wie die Rassenverbesserung und die Furcht vor der Uebervölkerung, erweisen sich nicht als stichhaltig. Wir können in Deutschland noch weite Landstrecken kultivieren und besiedeln, und wenn wirklich einmal das uns zur Verfügung stehende Land nicht ausreichen sollte, so wird man sich zur Beschaffung neuen Siedlunglandes entschließen müssen, was allerdings vielleicht nicht ohne Kämpfe abgehen werde, die uns aber auch bei sinkender Geburtenziffer kaum anderweitig erspart bleiben dürften. — Ueber den

Tabaktrust in Deutschland

schreibt die Kölnische Volkszeitung (26. Jan.). Es ist bekannt, daß schon seit längerer Zeit der amerikanische Tabatrust in Deutschland starken Einfluß auf hier bestehende Firmen genommen hat. Die Georg Jasmatzi A.-G. in Dresden, die noch im Geschäftsbericht für 1912 jeglichen Zusammenhang mit dem Trust leugnete, mußte bald zugeben, daß ein Teil ihrer Aktien im Besitze des Trustes sei. Ferner sind u. a. die Fabriken A. Batschari, G. m. b. H., Dresden, Josetti, Meier & Peters G. m. b. H., Sulima, F. L. Wolff G. m. b. H., Dresden, Delta, Tschache & Bensky G. m. b. H., Dresden, dem Trust tributpflichtig gemacht worden. Nunmehr ist endlich, wie aus den dresdener Haussuchungen hervorgeht, der Staat gegen den Trust eingeschritten, und man spricht schon von einem Zigarettenmonopol, mit dem es jedoch, obwohl die Verhältnisse hier doch etwas anders, als z. B. im Petroleumgewerbe, liegen, noch gute Wege haben wird. Auf jeden Fall ist das Vorgehen des Staates gegen den Trust dringend notwendig gewesen. — Im Berliner Tageblatt (29. Jan.) schreibt Prof. Ludwig Bernhard, daß die Entwicklung dazu führt, daß die

Schweiz als Bankier Europas

in zunehmendem Maße fungieren wird. Im Bankwesen der Schweiz hat sich im letzten Jahrzehnt eine tiefgreifende Umwälzung vollzogen. Das noch vor zehn Jahren im Kreditwesen zersplitterte und völlig von Berlin und Paris abhängige Land besitzt heute in der seit 1907 bestehenden Schweizerischen Nationalbank eine einheitliche Leitung des Bankwesens und ist auf dem besten Wege, sich zu einer Zentrale für internationale Kreditverbindungen auszugestalten. Schon mit dem Jahre 1815, in dem die Neutralität der Schweiz verkündet wurde, begann sich das europäische Kapital für das kleine Land zu interessieren. Im großen Maßstabe wandte es sich ihm jedoch erst seit der Periode 1897/1904, die das starke Fallen der französischen Rente und der englischen Konsols brachte, zu. Die verschiedenen, sich ablösenden politischen Beunruhigungen brachten der neutralen Schweiz einen starken Zustrom fremden Geldes, und als Folge des französischen Kirchenkampfes wanderten Millionen französischer Gelder des Klerus über die Grenze. Die schweizerischen Banken zeigten sich den an sie herantretenden Aufgaben gewachsen. Eine Konzentrationbewegung setzte unter ihnen ein, aus der sechs große Bankinstitute hervorgingen, die Schweizerische Kreditanstalt, die Schweizerische Volksbank, die Basler Handelsbank, die Bank Leu & Co. und die Eidgenössische Bank. Vor kurzem kam noch

die aus der Fusion der Banken von Winterthur und Lichtensteig hervorgegangene Schweizerische Bankgesellschaft hinzu. Diese Banken erfüllen sehr geschickt ihre Doppelaufgabe, aus den kapitalreicheren fremden Ländern Gelder heranzuziehen, und diese wieder der eigenen Industrie, ganz besonders aber auch dem kapitalärmeren Ausland zuzuführen, so daß sie im wahrsten Sinne des Wortes zu international arbeitenden Instituten geworden sind. Neben ihnen existieren noch eine Anzahl von Banken, die sich lediglich mit dem Handel und der Placierung von Auslandswerten befassen. Die ganze Entwicklung tendiert jedenfalls dahin, die Schweiz zu einer Art Mittelpunkt des internationalen europäischen Kreditlebens auszugestalten. Besonders unterstützt werden diese Bemühungen natürlich durch das Moment der politischen Neutralität, das der Schweiz ständig aus den großen europäischen Kapitalszentren von Privaten zahlreiche Depositengelder und Depots zufließen läßt. Besonders die Projekte der Einkommens- und Vermögensteuern in England und Frankreich und auch zum Teil die Vermögensabgabe in Deutschland veranlassen manche Steuerdrückeberger ihre Gelder den Schweizer Banken anzuvertrauen, wo sie gegen jede Nachforschung und Besteuerung geschützt, aufbewahrt werden. Sogar aus Südamerika wendet neuerdings häufig das private Kapital der Schweiz Depositengelder zu. Auch die deutsche und und französische Industrie hat in der Schweiz festen Fuß gefaßt und an dem finanziellen Aufschwung des Landes mitgearbeitet. Insbesondere sind es die großen Elektrizitätskonzerne, die bedeutende Kapitalien dort investiert und große Finanzierungsgesellschaften für ihre Zwecke begründet haben. Das Erstarken der schweizerischen Industrie, vor allem aber wieder auch das Moment der politischen Neutralität hat ferner zur Folge gehabt, daß insbesondere das französische Kapital lebhaftes Interesse an schweizerischen Industrie-, Eisenbahn- und Staatspapieren nimmt, und daß diese Papiere dort zu beliebten Anlagewerten geworden sind. — In einem Aufsatze in den Hamburger Nachrichten (24. Jan.) untersucht Dr. W. Regendanz, Hamburg, die Rentabilität der

hamburger und berliner Kolonialunternehmungen

um zu eruieren, ob es für eine Kolonialgesellschaft vorteilhafter ist, wenn sie von Hamburg oder wenn sie von Berlin aus gegründet und geleitet wird. In einer interessanten Statistik zeigt der Verfasser, daß im Durchschnitt die von Hamburg ihren Ursprung nehmenden und von dort aus geleiteten Gründungen in ihrer Rentabilität den berlinern weit überlegen sind. Regendanz begründet dieses Uebergewicht der hamburger Gesellschaften mit der besseren Eignung des hamburger Großkaufmanns für das koloniale Geschäft, die von seiner weit größeren praktischen Erfahrung im Ueberseegeschäft und aus den Ergebnissen der zahlreichen von hamburger Kaufleuten ins Leben gerufenen privaten Kolonialunternehmungen herrührt. Und außerdem kommt hinzu, daß sich eben in Hamburg wirklich die hervorragendsten und geschicktesten Großkaufleute mit ernsten kolonialen Plänen an den dortigen Gesellschaften beteiligen, während es sich in Berlin allzu oft um Gründungen handelt, die von keineswegs erstklassigen Kaufleuten inauguriert werden, die es nur auf die Gründergewinne abgesehen haben. Man nenne es, wenn man all dieses berücksichtigt, also nicht Partikularismus und kleinlichen Ehrgeiz, wenn Hamburg den Wunsch hegt, auch durch die Verlegung der wichtigsten kolonialen Institute wie des Kolonialgerichtshofes seine in der Tat dominierende koloniale Stellung zu befestigen. — Die Frankfurter Zeitung (31. Jan.) warnt wieder vor einigen

Schwindelbankfirmen.

Von Amsterdam aus versucht ein Herr Emil Frank mit zweifelhaften Losgeschäften das deutsche Publikum zu schädigen. Und in London sind wieder zwei gefährliche Animierfirmen an der Arbeit. Die Firma Hermann Wagner Lim. sucht Aktien einer Dargo Proprietary Gold Mining Co., die natürlich eine mehrhundertprozentige Steigerungsfähigkeit besitzen sollen, zu vertreiben, und die Firma Lloyd, Meyer, Philipps & Co. empfiehlt Spekulationen in Amerikanern.

Aus den Börsensälen.

Zum erstenmal hat sich seit längerer Zeit gegen Ende der vorigen Woche eine grössere Beteiligung der Privatspekulation am Effektengeschäft gezeigt. Sie nahm sogar einen recht stürmischen Charakter an, so dass in den ersten Tagen dieser Woche eine leichte Abschwächung zu verzeichnen war. Auch an den Tagen der matteren Tendenz war jedoch eine zuversichtliche Stimmung bei der Börsenspekulation zu erkennen. Man hielt auch an der Börse das Tempo der Aufwärtsbewegung vielfach für übertrieben; hat doch eine ganze Reihe von Werten, namentlich von den am Kassamarkt gehandelten, bereits die Höchstkurse des vorigen Jahres überschritten. Hierbei wird man freilich andererseits berücksichtigen müssen, dass die Befürchtung, der wirtschaftliche Rückschlag werde einen scharfen Umfang erreichen, vielfach die Kurse im Jahre 1913 auf ein im Vergleich zu den letzten Dividenden ausserordentlich niedriges Niveau gebracht hatte. Jetzt stellt sich jedoch heraus, dass bei vielen Unternehmungen die wirtschaftliche Depression keinen weitgehenden Einfluss hinterlassen hat und eine ganze Anzahl von Aktiengesellschaften, soweit Erklärungen vorliegen, die Dividenden aufrechterhalten kann oder nur wenig zu ermässigen braucht. Die Spekulation ist allerdings allzusehr geneigt, diese Tatsachen zu übertreiben. Bis jetzt haben nur wenige Unternehmungen, die ihr Geschäftsjahr am 31. Dezember beendeten, ihre Dividenden veröffentlicht oder offizielle Schätzungen abgegeben, so dass noch nicht zu übersehen

ist, ob nicht immerhin grössere Enttäuschungen eintreten können. Ganz gewiss ist es noch nicht möglich, einen Ueberblick über die voraussichtlichen Erträgnisse derjenigen Werke zu erlangen, die ihren Bücherabschluss am 30. Juni vornehmen. Die Börse steigert aber fast ohne Unterschied sämtliche Industriewerte. Ist diese Steigerung auch berechtigt, soweit ein Ausgleich übertriebener Kursrückgänge vorgenommen wird, die ohne einen besonderen Anlass eingetreten waren, so ist sie ebenso unberechtigt, soweit aus sachlichen Erwägungen der Rückgang eintreten musste. Wenn somit das Tempo der Kurssteigerung vielfach ein zu rasches gewesen ist, so wird man doch im allgemeinen auch der Kurserhöhung der industriellen Werte die Berechtigung nicht absprechen können; einmal, weil der niedrigere Zinsfuss den Anlass gibt, einen anderen Masstab anzulegen, und zweitens, weil durch die Verbilligung der Geldsätze sich naturgemäss die Aussichten auf einen Umschwung der Konjunktur gebessert haben. Auch am Rentenmarkte vermochte die Aufwärtsbewegung sich noch weiter fortzusetzen, und es zeigte sich hier wieder ein recht umfangreiches Anlagebedürfnis. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses führt allerdings — das darf nicht übersehen werden — zu einer Verschlechterung der Liquidität der Banken, soweit diese nicht die Nachfrage nach Rentenwerten durch ihre eigenen Bestände kompensieren. Denn es wird nicht so sehr der Zufluss neuen Geldes in festverzinslichen Werten angelegt, wie die bisher bestehenden Bankguthaben zum Ankauf von Renten benutzt werden. Die Depositengläubiger erhalten beim Erwerb guter festverzinslicher Werte auch noch auf Basis der jetzigen Kurse eine bessere Verzinsung, als sie ihnen für ihr Guthaben von den Banken gewährt wird. Daneben glauben sehr viele Käufer auch noch eine Avance im Kurse erwarten zu können, indem sie annehmen, dass die gegenwärtige Steigerung der Rentenwerte eine Fortsetzung erfahren wird.

* *
*

Das spekulative Interesse ist so gross, dass ungünstige Nachrichten fast ohne Einfluss auf die Kursgestaltung bleiben. Die Meldung, dass die Röhrenpreise sich nunmehr doch nicht aufrechterhalten lassen, obgleich die Mannesmann-Röhrenwerke zuerst versucht hatten (trotzdem die Verhandlungen zum Wiederaufbau des Syndikats gescheitert waren), an den bisherigen Rabattsätzen festzuhalten, war ohne Wirkung auf den Montanaktienmarkt. Das einzige Gebiet, wo Abschwächungen zu verzeichnen waren, bildete der Markt der Schiffahrtwerte, weil der Kampf zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd sowie die gleichzeitigen Meldungen von einer Herabsetzung der Frachtraten, von der hauptsächlich der Verkehr mit dem La-Plata betroffen wird, der Spekulation wieder Anlass zu einiger Verstimmung gaben. Aber in den ersten Tagen dieser Woche war auch hier ein Umschwung zu bemerken. Die Holland-Amerika-Linie hat nochmals den Versuch gemacht, mit der Hapag in Verhandlungen zu treten, und diese hat sich bereit erklärt, den Nordatlantischen Schiffahrtpool bis Ende Februar zu verlängern und diejenigen Zwischendeckspreise aufrechtzuerhalten, die am 1. Februar in Geltung waren. Diese Nachricht löste an der berliner Börse die Hoffnung aus, dass die Geneigtheit zu einer Einigung vorhanden ist. Es wird notwendig sein, nähere Mitteilungen abzuwarten, bevor man diesen Optimismus teilt. Im Prinzip hat sich die Hamburg-Amerika-Linie niemals geweigert, den Pool in der nordatlantischen Fahrt zu verlängern, sondern nur eine höhere Quote gefordert. Es ist daher sehr begreiflich, dass sie bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, zumal sie an einer Herabsetzung der Frachtraten gar kein Interesse hat, wenn auch die übrigen Gesellschaften hiermit nicht vorgehen; ihr liegt nur daran, nicht durch die Quotenbemessung des Pools an die Gesamtzahl der zu befördernden Personen gebunden zu sein; sie kann daher durch grössere Propaganda usw. einen stärkeren Zustrom an Passagieren erhalten, ohne dass deshalb die Zwischendeckspreise herabgesetzt zu werden brauchen. Eine solche Ermässigung kann für die Hapag nur dann einen Wert haben, wenn die übrigen Schiffahrtgesellschaften sie nicht gleichzeitig vornehmen. Es kommt weiterhin in Betracht, dass vorläufig noch nicht sämtliche neuen Schiffe dem Verkehr übergeben sind, so dass die Notwendigkeit, für den vermehrten Schiffsraum Fahrgäste zu erhalten, in diesem Monat, für den sich die Gesellschaft nur gebunden hat, noch nicht im vollen Masse vorhanden ist.

* *
*

Am Kassamarkte wurden zum Teil recht beträchtliche Kurssteigerungen erzielt. Aber es ist unmöglich, im einzelnen besondere Gründe für diese Steigerung anzugeben. Die Spekulation bemühte sich auch nur in seltenen Fällen nach Ursachen zu suchen, und soweit sie auf irgendeine bestimmte Tatsache hinwies, handelte es sich fast immer um Dinge, die lange bekannt sind. Die einzige Ursache der Steigerung war nur die, dass die Bankiers dem Publikum solche Werte zum Ankauf empfahlen, die im Vergleich zu den gezahlten oder zu erwartenden Dividenden nach ihrer Ansicht einen zu niedrigen Kurs haben. Eine sehr feste Tendenz bestand für Terrainwerte, weil der flüssige Geldstand die Hoffnung auf eine Belebung des Grundstücksmarktes aufkommen lässt. In den massgebenden Kreisen ist man durchaus noch nicht so fest davon überzeugt, dass die niedrigeren Zinssätze auch den Handel in Grundstücken wesentlich beleben und grössere Neubauten vorgenommen werden. Die Held & Francke A.-G. sprach z. B. in ihrem Geschäftsbericht nur die Hoffnung auf eine leichte Besserung aus, und bis jetzt ist jedenfalls über grössere Grundstücksverkäufe nicht berichtet worden. Wenn die Hypothekenbanken in der Lage sind, wieder Pfandbriefe in stärkerem Masse abzusetzen, werden sie auch das Bestreben haben, Hypotheken zu geben, und dies kann, wenn es sich auch hierbei nur um erst-

stellige Objekte handelt, den Grundstücksmarkt günstig beeinflussen. In den letzten Tagen hat auch eine grössere Nachfrage nach Hypothekenpfandbriefen stattgefunden. Die gegenwärtigen Kurse bieten jedoch noch immer eine so hohe Verzinsung, dass Hypotheken sich zu entsprechend hohen Sätzen schwer unterbringen lassen. Erst im Frühjahr kann sich zeigen, ob der flüssige Geldstand tatsächlich auch am Baumarkt eine Wandlung hervorrufen wird.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Generalversammlung-Taktik. Man schreibt mir: „Mit trefflicher Regie hat die Leitung der Heldburg A.-G. für Bergbau ihr Programm durchgeführt, das den Erwerb der Kuxenmajoritäten der vier Unstrut- bezw. Finnewerke des Fürstenkonzerns betraf, der Gewerkschaften Reichskrone, Richard, Burggraf und Bernsdorf. Die Transaktion ist heute unter Dach und Fach. Causa finita. Heldburg, das, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, seinerzeit Rastenberg überteuer erworben hat, hat jetzt, so sagt man den Aktionären wenigstens, Absatzquoten (bezw. die Aussicht darauf!) genug, um dieses Rastenberg auch vorteilhaft ausnützen zu können. Lehrreich an dieser jüngsten Heldburgaffäre ist es nun, zu beobachten, welch Meisterwerk vollendeter Generalversammlungtaktik und kluger Regie der ganze Hergang in seiner technischen Behandlung darstellte. Die Sachlage war nicht eben einfach für den Herrn Regisseur. Die Deutsche Bank liquidiert den Fürstenkonzern, recht haltbare Fäden laufen von ihr auch zu Heldburg hinüber. Massgebende Persönlichkeiten von Heldburg (so besonders Geheimrat Kempner) führen auch die Leitung bei der Gruppe der Finnewerke. Hier lagen Fussangeln. Jede Möglichkeit der Anfechtung des Geschäfts musste vermieden werden. Nicht der kleinste Anhaltspunkt durfte dafür vorhanden sein, dass andere als rein sachliche Interessen die Verwaltung zur Befürwortung des Geschäfts trieben. Dass die Deutsche Bank mit der Abstossung der Finnewerke einen Schritt weiter in der Lösung des Fürstenkontos kam, durfte nie mehr als eine unvermeidliche und selbstverständliche Folge des Geschäftsvorgangs werden. Gutachten Unbeteiligter werden vorgelegt, die Banken waren mit ihren Aktien in der Generalversammlung nicht vertreten, der Aufsichtratsvorsitzende, Herr Kempner, enthielt sich der Abstimmung: alles war in Ordnung. Die Aktionäre entschieden selbst, und nur die ganz „unbeteiligten" Aktionäre und sie genehmigten mit grosser Mehrheit die Transaktion. Nicht, weil sie etwa die Unstrutwerke für einen so besonders erwünschten Vermögenszuwachs hielten, sondern weil die Betreiber des Geschäfts ihnen nachwiesen, dass ein Zwang vorlag. Dass die Berufung auf den Zwang von heute das Eingeständnis des Fehlers von gestern bedeutete, kam wohl den wenigsten Aktionären zum Bewusstsein. Die Regie klappte vorzüglich. Herr Kempner sollte aber auch in der Versammlung selbst Gelegenheit finden, sein taktisches Geschick zu erweisen. Er, der gewiegte Jurist, hat in der Generalversammlung der Heldburg-Versammlung eine neue Note gefunden, Und er wird damit Schule machen. Die Firma Gebr. Dammann in Hannover machte in der Versammlung Schwierigkeiten, sie bekämpfte die Anträge der Verwaltung und legte (wie das so üblich ist, wenn man als Opponent überstimmt wird und den Aktionären, von denen man sich Vollmachten erbeten hat, doch den Beweis kräftiger Aktion liefern will) Protest gegen die Beschlüsse zu Protokoll ein. Das vollzog sich ganz regulär. Dann aber kam das Neue. Jetzt, nach dem Vollzug der Abstimmung, trat der Vorsitzende scharf in den Vordergrund. Er, der Jurist, forderte und erhielt von der Versammlung die Autorisation, gegen den Protestler, den Friedens- und Geschäftsstörer, sofort mit einer Feststellungklage, dass der Protest unbegründet sei, vorzugehen. Die Klageandrohung wurde noch besonders gewürzt mit der Aussicht auf hohe Kautionsleistung, deren Stellung von dem Protestgegner verlangt wurde. Eine neue Methode, opponierenden Aktionären die Lust zu Anfechtungklagen zu nehmen, ja, sie möglichst von der Einlegung von Protesten abzuschrecken. Herr Kempner hatte vollen Erfolg, die Firma Gebr. Dammann erklärte kurz nach der Versammlung, dass sie auf die Verfolgung des Protestes verzichte. Sie begründete diesen Entschluss mit der Tatsache, dass das Aktienrecht nicht das Berggesetz ist und dass das Aktienrecht nicht wie das Berggesetz eine Bestimmung enthält, wonach Beschlüsse angefochten werden können, wenn sie nicht zum Besten eines Unternehmens gereichen. Sehr richtig. Aber dass Heldburg eine Aktiengesellschaft und keine Gewerkschaft ist, das hat die Kuxenfirma Gebr. Dammann doch schliesslich schon vor der Heldburg-Generalversammlung gewusst, ebenso wie sie das Aktienrecht schon vorher gekannt haben dürfte. Ihr Protest war eben ein formaler. So mag man es in diesem Falle nicht bedauern, dass der Protest vor dem ersten Windhauch, vor der Drohung mit der Feststellungklage zerstob. Und man kann die Regieleistung Kempners mit einem ästhetischen Genuss aufnehmen. Aber es wäre doch recht bedenklich, wenn Herr Kempner Schule machen würde, wenn andere Versammlungleiter die Lehren der Heldburg-Versammlung ohne weiteres akzeptierten. Denn es könnte wohl sein, dass dann aus der Abwehr von Protesten durch die „Feststellungklage", die in einem Falle einmal berechtigt oder doch erträglich sein kann, sich ein System der Einschüchterung von Opponenten ergeben würde, deren rechtlichem Vorgehen, wenn sie in der hoffnunglosen Minderheit sind, sich ohnedies unzählige Schwierigkeiten in den Weg stellen. So zeigt die Kempnersche Regieleistung einen Weg zur weiteren Herabdrückung der Chancen von Minderheiten, den niemand gerne allgemein beschritten sehen möchte. Das aber ist eine Sache für sich. Bei Heldburg hat die kluge Taktik, die Regie, alles erreicht, was überhaupt erreicht werden sollte. Die Fehler, die trotzdem gemacht worden sind, liegen auf ganz anderem Gebiet. Sie liegen in der Politik des Gehenlassens, die bei Heldburg angewandt wird, sie liegen darin, dass, ungeachtet der vorhandenen Erkenntnis der Unhaltbarkeit der Zustände, Heldburg von einer Transaktion zur andern, von einer Fusion usw. zur neuen geleitet wird, ohne dass man den Mut fände, einmal gründlich bei Heldburg selbst aufzuräumen. Man hat die

unvermeidliche Heldburg-Sanierung wieder einmal vertagt. Auch das war ein Regiestück: wollte man doch zunächst das Finnegeschäft lancieren, es nicht durch die Komplizierung mit einer Kapitalneuordnung bei Heldburg gefährden. Denn das Finnegeschäft billigten die Aktionäre wohl nur deshalb so glatt, weil sie (eine kluge Regie!) sahen: es kostet uns heute nichts, weder neue Aktien, noch Vorzugsaktien, noch Zuzahlung, nichts: nur die Abstimmung. Aktionäre glauben gerne an Hoffnungen, die man erweckt, sie glaubten, dass der Unstrutkauf Heldburg nützen werde. Divide et impera! Die Heldburg-Entwicklung ist ein langsichtiges Geschäft, sie zerfällt in viele Akte. Der nächste soll nun ja wohl, so etwa in zwei Jahren, die Sanierung sein. Wer weiss, mit welchen Modalitäten, mit welchen neuen Projekten verknüpft! So wird sich erst in der Folge zeigen, ob die Regieleistung vom Januar 1914, die Generalversammlungtaktik, nicht nur ein kurzlebiger Erfolg gewesen ist, ob nicht in der Zukunft sich rächen wird, was man heute versäumt hat."

Brauerei-Bilanzen. Man schreibt mir: „Die Zeit, da die Brauereien ihre letztjährige Bilanz zur Veröffentlichung gebracht haben, ist vorüber. Es bedarf nicht des scharfen Auges des Kritikers, um herauszufinden, dass auf der Aktivseite die immer grösser werdenden Posten der Debitoren und des Hypotheken-Kontos in keinem Verhältnis zu den übrigen Vermögensobjekten der Brauereien stehen. Manche Brauereien buchen auch Hypotheken-Darlehnskonto I und Hypothekendarlehns-Konto II; ich meine, die Bezeichnung Hypotheken-Darlehnskonto II wäre fast überall am Platze, denn von Hypotheken erster Güte kann bei den Ausleihungen seitens der Brauereien wohl nie die Rede sein. Dass viele Brauereien, um ihren Absatz zu erweitern, sich zu kleinen Hypothekenbanken entwickelt haben, steht fest. Wenn somit das Brauereigewerbe, um konkurrenzfähig zu bleiben, mehr als ein anderes gezwungen ist, sich seinen Abnehmerkreis zu schaffen und zu erhalten durch Hergabe von Darlehen und Hypotheken, und wenn diese finanzielle Unterstützung von Kunden und solchen die es werden wollen — manchmal nicht die besten Elemente, denn das Wort: „Wer nichts wird, wird Wirt" ist mitunter am Platze —, über die eigene finanzielle Kraft der Brauerei weit hinausgeht, so hat man hie und da zu einem anderen Mittel gegriffen, um die Debitorenposten oder das Hypothekenkonto nicht ins Uebermässige anschwellen zu lassen, und ist man auf folgenden Ausweg gekommen. Man sorgt dafür, dass einem Wirt oder demjenigen, der es werden soll, die erforderliche finanzielle Unterstützung von dritter Seite wird, und nun übernimmt die Brauerei dieser dritten Seite gegenüber für das dem Wirt gegebene Darlehen die selbstschuldnerische Bürgschaft. Es ist zweifellos, dass solche Bürgschaften der meisten Brauereien als einwandsfrei angesehen werden können, und aus diesem Grunde dürften derartige garantierte Geldgeschäfte bald mehr in Schwung kommen. Für die Aktionäre von Brauerei-Aktien entsteht indessen hierbei ein bedenkliches Moment. Die Geschäftsberichte und Bilanzen der Brauereien enthalten nichts von derartigen Bürgschaften, was aber gefordert werden muss, will man sich ein genaues Bild von der betreffenden Brauerei-Bilanz machen. Bei den Bank-Bilanzen verlangt man zu wissen, wie hoch sich das Wechselobligo usw. beläuft, obwohl dies wohl selten für die Bilanz ein so schwerwiegendes Moment bildet, wie bei den Brauereien das Obligo den „Selbstschuldnerischen Verpflichtungen Dritten gegenüber für die an Wirte gewährten Darlehen". Alle Verwaltungen der Brauereien sollten deshalb in ihren Berichten sagen, wie hoch sich der Betrag der diesbezüglichen Verpflichtungen beläuft, und wo es in den Berichten nicht erwähnt wird, sollten die Aktionäre darauf sehen, dass ihnen in den Generalversammlungen ein diesbezüglicher Aufschluß gegeben wird."

Gs. Frauenbank. In der „Welt am Montag" beschäftigt sich Bruno Buchwald ausführlich mit geschäftlichen Vorgängen bei der „Frauenbank, E. G. m. b. H." in Berlin-Wilmersdorf. Buchwald erhebt gegen die Geschäftsführung der Bank Anklagen, deren wesentlichster Inhalt sich wie folgt zusammenfassen lässt. Die Frauenbank, die im Jahre 1912 an arbeitendem Kapital, d. h. an Mitgliederguthaben, Kreditoren und Reserven insgesamt rund 247 000 *M* zur Verfügung hatte, erzielte hiermit einen Bruttogewinn von ca. 46 000 *M*. Es ist ausgeschlossen, dass aus dem regulären Bankgeschäft eine so hohe Gewinnquote erarbeitet werden konnte, es müssen daher wohl noch andere, gewinnbringende, aber riskante Geschäfte gemacht worden sein. Und Buchwald bestätigt, dass nach seinen Informationen von der Frauenbank zweitstellige Hypotheken mit Damno erworben worden sind, die zum Nominalbetrage in die Bilanz, und noch dazu unter der Rubrik „Börsenfähige Effekten und Wertpapiere" eingestellt worden sind, was zweifellos eine Bilanzverschleierung involviert. — Wir haben anlässlich dieser gravierenden Vorwürfe Gelegenheit genommen, mit der Geschäftsleitung der Frauenbank eine Besprechung der ihnen zugrunde liegenden Tatsachen herbeizuführen. Der Hauptinhalt der Unterredung wird in einem uns von der Frauenbank zugehenden Briefe rekapituliert. Hier heisst es:

> „Es entspricht den Tatsachen, dass wir, um die Existenz von Mitgliedern zu retten, drei I. Hypotheken, von welchen keine 30 000 *M* überstieg, übernommen haben und alsdann solche bei passender Gelegenheit an Hypothekenbanken weitergegeben haben. Wir haben bei diesen Geschäften uns durch irgendein Damno in keinem Falle bereichert. Alsdann haben wir 1912 zwei Hypotheken von 95 000 *M* durch eine hiesige Treuhandgesellschaft aus einer Nachlafsmasse erworben, bei welchen uns in Anbetracht unserer sozialen Bestrebungen ein grösseres Damno bewilligt wurde, weil wir gleichzeitig den Niessbrauch der Grundstücke übernahmen und uns verpflichteten, die Grundstücke in vollständig guten baulichen Zustand zu versetzen. Diese beiden Hypotheken von 95 000 *M* sind mit dem Anschaffungpreis zuzüglich der Unkosten mit insgesamt 43 000 *M* in die Bilanz gestellt worden. Die Grundstücke sind von uns ausgebaut und die Hypotheken zum Nominalwerte inzwischen bar verkauft worden. Einen Reingewinn haben wir hieran von ca. 55 000 *M* erzielt, der dem Geschäftsjahr 1913 zugute kommt. Wir sehen es selbst ein, dass es nicht richtig war, Effekten und Wertpapiere (Hypotheken) in eine Rubrik zusammenzuziehen und werden deshalb die vorjährige Bilanz

entsprechend ändern und nebst der diesjährigen der Generalversammlung zur Genehmigung vorlegen. Weitere Damnohypotheken haben wir nicht erstanden. Wenn wir dieses Geschäft, welches zu unserer Unterstützung uns angeboten wurde, s. Zt. nicht gemacht hätten, so wären wir nicht in der Lage gewesen, auf sozialem Gebiete ohne jede Vergütung so viel Gutes zu leisten.“

Die Frauenbank hat also in der Tat durch die von Buchwald gerügten Damnogeschäfte eine gewaltsame Gewinnsteigerung herbeigeführt. Dass das Einsetzen der zweitstelligen Hypotheken in die Bilanz zum Erwerbspreis (worunter die Frauenbank Erstehungpreis plus Kosten zur Renovierung der stark verwahrlosten Grundstücke verstanden haben will) und nicht, wie Herr Buchwald schrieb, zum Nominalwerte erfolgte, erscheint unerheblich gegenüber der Tatsache, dass die Frauenbank, die mit ihrem vorderhand noch geringen Kapital die denkbar grösste Vorsicht obwalten lassen sollte, sich überhaupt auf das schlüpfrige und überaus gefährliche Terrain des Berliner Grundstücksgeschäftes begibt. Vor allem aber nicht erheblich im Vergleich mit der groben Bilanzunklarheit, die durch das Verbuchen von 43 000 ℳ zweitstelligen und 12 000 ℳ erststelligen Hypotheken auf dem insgesamt 87 000 ℳ betragenden Effektenkonto erzielt worden ist. Man braucht sich gar nicht einmal daran zu stossen, dass das Konto „börsenfähige Effekten und Wertpapiere“ benannt ist, denn immerhin ist die Auslegung akzeptabel, dass es sich um ein Konto für „börsenfähige Effekten und andere Wertpapiere“ handelt. Aber ein Hypothekenbrief ist juristisch betrachtet ja gar kein Wertpapier, auf keinen Fall darf daher seine Verbuchung unter Effekten, worunter Aktien, Obligationen, Lose, Pfandbriefe usw. zu verstehen sind, erfolgen. Eine Bilanz, die einen derartigen bösen Fehler enthält, ist zweifellos ihrer Unrichtigkeit wegen anfechtbar, und es ist nur allzu verständlich, dass die Frauenbank sich nunmehr dazu entschlossen hat, nachträglich die Bilanz neu aufzustellen, ein reguläres Hypothekenkonto auszuweisen und sie neu genehmigen zu lassen. Der ganze Vorgang beweist jedoch — ganz abgesehen davon, dass überhaupt die ganze hier sehr eigenartige Verquickung des philantrophisch-sozialpolitischen Momentes mit dem Bankgeschäft in der bei der Frauenbank anscheinend üblichen Form recht gefährlich werden kann —, dass in der verantwortlichen Leitung der Frauenbank zum mindesten ein sehr weitgehender Dilettantismus zu herrschen scheint, der keine günstigen Perspektiven für die Genossenschaft eröffnet. Selbst wenn vorläufig keine weiteren erheblichen Missgriffe vorgekommen sein sollten, und die übrigen anscheinend zum Teil recht undurchsichtigen und auch laienhaft angefassten Geschäfte glücklich ablaufen sollten, muss doch im Interesse der mit Kapital an der Genossenschaft beteiligten Frauen dringend eine gründliche Revision des ganzen geschäftlichen Aufbaues und das Eindringen von gründlich banktechnisch geschulten Elementen in die Bank gefordert werden. Wenn auch sonst im privaten Leben die Naivität und Harmlosigkeit einer Frau ihren Liebreiz sehr erhöhen kann, so muss sie sich doch, wenn sie mit anderer Leute Geld Bankgeschäfte betreiben will, schon etwas Sachkenntnis aneignen.

Gütertaxen. Herr Hans Leuss schreibt: „Die enorme Preissteigerung der Güter, besonders im Osten, führt bekanntlich und erfahrunggemäss zu einer entsprechenden Steigerung der Beleihungtaxen und der Beleihungen selbst. Das lebhafte Geschäft in Gütern und der Erbgang bei nicht gebundenen Gütern belasten diese Güter nach dem Massstabe der gestiegenen Preise und verwässern die Grundrente. Diese Eigentümlichkeit der Grundrente, sich selbst zu eskomptieren, ist zwar allgemein anerkannt und bekannt, aber niemand kennt ein Mittel gegen dies Uebel. An eine Aufhebung, ja auch nur an einen Abbau der Getreidezölle ist einstweilen kaum zu denken. Immerhin darf man annehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung einmal über die Kornzölle auch in Deutschland zur Tagesordnung übergehen wird, zumal der Weltmarktpreis für Weizen sich voraussichtlich dauernd erhöhen wird. Wenn mit dieser zu erwartenden Erhöhung der Kornpreise auf dem Weltmarkt nicht ein Abbau der deutschen Kornzölle Hand in Hand gehen wird, so muss der Gegensatz der allgemeinen Interessen und der privaten (der Kornbaugüter) sich einmal zu solcher Schärfe zuspitzen, dass die Kornzölle plötzlich und unvermittelt dem Ansturm des allgemeinen Interesses erliegen. Die Erschütterung der Güterpreise würde in diesem Falle den Landschaften sehr verhängnisvoll werden. In den ausgezeichneten Memoiren des Marschalls v. Boyen, die kürzlich bei Robert Lutz in Stuttgart in neuer Ausgabe erschienen sind, findet sich im 1. Bande Seite 219 und 220 folgende bemerkenswerte Stelle: „Zu allen diesen Bedürfnissen kam noch ein anderes, schwieriger zu beseitigendes Uebel, die Verschuldung des Adels. So wohltätig auch der schon unter Friedrich dem Grossen ausgeführte Gedanke war: in den Provinzen Kreditanstalten zu bilden, durch die der Gutsbesitzer zu mässigen Zinsen Kapitale auf seine Grundstücke geliehen bekommen konnte, so hatte dieser anscheinend gute Gedanke doch auch grosse Uebelstände herbeigeführt. Verleitet durch die hohen Getreidepreise, welche die lange dauernden Seekriege gleich nach der Errichtung der Landschaften in einer Reihe von Jahren herbeiführten, hatte man diese zu einem Massstab über den Wert der Güter bestimmt. So waren Gutstaxen zum Vorschein gekommen, die den alten Grundpreis drei-, vier- und mehrfach überstiegen; auf diese fingierten Taxen waren den Gutsbesitzern Kredite bewilligt, die weit über den wirklichen Wert hinausreichten. Der Adel hatte sich dadurch auf einmal reich gefühlt, seine frühere einfache Weise mit städtischem Wohlleben vertauscht und deshalb versäumt, die ihm durch eine Reihe von Jahren zugeflossene grössere Einnahme zur Abtragung seiner Schulden zu benutzen. Diese Täuschung hatte der Krieg plötzlich zerstört; das Getreide und mit ihm die Grundstücke verloren auf einmal ihren Wert, während die Grösse der zu zahlenden Zinsen immer dieselbe blieb Der grösste Teil der Gutsbesitzer waren eigentlich nun nicht mehr Eigentümer, sondern übersetzte Pächter. Diesem ungünstigen Verhältnis schreibe ich es auch zu, dass sich mehrere Gutsbesitzer nicht so selbständig gegen die Franzosen benahmen, als man es sonst wohl von ihnen hätte erwarten können; ein Mann, der mit grosser Schuldenlast zu kämpfen hat, verliert gewöhnlich den freien Blick und

das Gefühl für die Erhaltung des Vaterlandes, er ordnet sich allen Verhältnissen unter, wenn diese nur die Aussicht geben, dass er fortdauernd die Zinsen zahlen kann, während ein freier Eigentümer, wenn es sein muss, zur Erhaltung des Vaterlandes selbst seine Hütte opfert."

Gedanken über den Geldmarkt.

Mit einem kühnen Ruck hat die Bank von England in der verflossenen Woche ihren Diskont weiter um ein volles Prozent ermässigt und kommt mit der hierdurch erreichten Bankrate von 3% den tatsächlichen Verhältnissen des Marktes nun einigermassen nahe. Zwar ist der Strom von Anlage suchendem Geld zunächst noch zu stark, um in den Verhältnissen des offenen Marktes Stabilität und Ruhe zu ermöglichen; vielmehr ist der Privatdiskont sofort nach der Ermässigung wieder bedeutend gewichen und jetzt bereits auf unter 2% gesunken. Es handelt sich aber wohl hier mehr um ein kräftiges Ausschlagen des Pendels, wie es so radikale Umwälzungen im Markte mit sich bringen, und man darf annehmen, dass sich nach Befriedigung des augenblicklichen stürmischen Wechselbedarfs wieder normalere Raten herausbilden werden, die zu dem neugeschaffenen Banksatz von 3% im richtigen Verhältnis stehen.

Gewiss sind die Reserven des offenen Marktes ausserordentlich gross, wie schon der Stand der Privatdepositen bei der Bank im letzten Ausweise ergibt, es bleibt aber zu berücksichtigen, dass noch sehr erhebliche Steuerbeträge an den Fiskus abzuführen sind. Ausserdem muss die Fülle der Anleiheemissionen, wenn ihr Gegenwert auch teilweise in Lombardstreet wieder zur Ausleihung gelangt, schliesslich doch dazu führen, die Mittel des Marktes zu verringern. Auch ist zu beachten, dass mit dieser Ermässigung der Sätze die fremden Devisenkurse in London noch weiter beträchtlich gewichen sind, so dass der befriedigende Fortgang der Goldversorgung in der nächsten Zeit in Frage gestellt wird. Namentlich könnte von Frankreich stärkere Konkurrenz am Barrenmarkte erwachsen. Bisher sind allerdings die französischen Bezüge, obgleich häufiger von grösseren Summen die Rede war, nicht sehr bedeutend gewesen und besonders aus den Ankünften der laufenden Woche scheint doch der allergrösste Teil in die Bank von England zu fliessen.

Unmittelbar nach der Londoner Herabsetzung ist nun endlich auch die Bank von Frankreich um ½% heruntergegangen und auf den Satz von 3½% zurückgekehrt, den sie am 30. Oktober 1912 verlassen hatte. Die Beschränkung der Reduktion auf ½% entspricht vollkommen der ganzen Politik der Bank von Frankreich im letzten Jahr, die ängstlicher als je darauf bedacht ist, einer Verbilligung der Zinssätze entgegenzuwirken, um in ihrem Programm der Goldthesaurierung möglichst wenig gestört zu werden. Allerdings ist auch der offene Markt in Paris nicht so mit Mitteln überladen wie die Märkte der Nachbarländer. Zwar ist das Geldangebot gleichfalls recht gross, es drängt aber nicht so à tout prix zur Anlage, wie in London und Berlin. Der Markt präpariert sich anscheinend weiter für die Emission heimischer und fremder Anleihen, besonders der grossen russischen Eisenbahnanleihe und die spezielle Technik der französischen Emissionen bringt es mit sich, dass der Einfluss dieser Vorbereitungen sich wesentlich stärker äussern muss als an den anderen Plätzen. Mit der Diskontermässigung in Paris sind die fremden Devisenkurse nunmehr doch wieder etwas gestiegen, obgleich Frankreich am offenen Markte noch immer verhältnismässig hohe Zinssätze hat. Diese Steigerung der Devisenkurse scheint auch weniger damit zusammenzuhängen, dass wieder französisches Geld in grösserem Umfange ins Ausland geht, als mit den letzten Goldkäufen Frankreichs.

Die ersten Tage des Februar werden nun vermutlich eine weitere Diskontermässigung der deutschen Reichsbank bringen, zu der nicht nur die Reduktion in London und Paris, sondern auch die weiter ausserordentlich günstigen Verhältnisse am deutschen Markt drängen. Da die Devisenkurse seit einigen Tagen nach unten tendieren und besonders Check London kräftig gewichen ist, könnte auch bei uns eine Ermässigung um ein volles Prozent immerhin als diskutabel erscheinen. Nach der bisherigen Politik des Reichsbankpräsidenten aber und speziell im Hinblick auf seine Erklärung, dass das Programm zur Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank noch bei weitem nicht erfüllt sei, wird man wohl mit einer Herabsetzung der Rate auf 4% rechnen müssen. Der Ultimo ist hier so leicht vorübergegangen, wie es die Marktverhältnisse erwarten liessen; immerhin war der Geldbedarf aber an den eigentlichen Stichtagen doch nicht unbedeutend, da die Geldgeber in der Hauptsache es doch wohl vorzogen, ihren Konsortialanteil an den neuen preussischen Schatzscheinen am Ultimo vollständig zu begleichen und daher nicht so grosse Summen für den kurzfristigen Bedarf der Börse zur Verfügung standen, als es vorher den Anschein hatte. Vielleicht wird auch im Februar der Ueberfluss an Tagesgeld nicht mehr so stark sein, da die in den letzten Tagen bedeutend gewachsene Kaufbewegung am Kassamarkt den Bedarf an täglichem Geld bedeutend vermehren muss.

Eine weitere Diskontermässigung nach der deutschen Reduktion wird in Wien zu erwarten sein. Zwar ist dort die Entlastung noch keineswegs in dem Masse fortgeschritten wie in dem westlicheren Europa, und die Ansprüche zum Ultimo scheinen wiederum nicht unerheblich gewesen zu sein. Doch wird man im Laufe des Februar mit raschen Rückflüssen rechnen dürfen, zumal durch fremde Käufe österreichisch-ungarischer Renten die auswärtigen Guthaben der Oesterreich-Ungarischen Bank sowie der Privatinstitute fortgesetzt steigen. Im Zusammenhang hiermit hat die Kronendevise in der letzten Zeit eine bedeutende Höherbewegung erfahren, die bereits die ersten Goldkäufe in London ermöglichte. Auch nach Russland wendet sich das westeuropäische Kapital jetzt wieder stärker, und es sind besonders Rubelwechsel von London, Berlin und Paris aus in grossen Summen in Pension genommen worden. Auch die russische Devise konnte hiervon profitieren und nähert sich in Deutschland bereits wieder der Goldparität, obgleich die Exporttätigkeit des Zarenreiches zur Zeit recht gering ist. Da durch die Emission in Paris der russischen Finanzverwaltung wieder bedeutende neue Guthaben im Auslande entstehen, wird man annehmen dürfen, dass die feste Tendenz des Rubels sich trotz der saison morte im Export noch weiter behaupten wird. Justus.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 6 Februar $4^7/_8$%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *Januarausweis Lübeck-Büchener Eisenbahn.* — *G.-V.:* Wicküler-Küpper-Brauerei.
Sonnabend, 7. Februar $4^7/_8$%	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Warschau-Wiener Eisenbahn, Warencreditanstalt Hamburg, Grundkreditbank Königsberg, Hamburg-Altonaer Centralbahn, Union Hagel-Versicherungs-Ges. — Schluss der Zusammenlegungfrist Aktien Samoa Kautschuk-Compagnie.
Montag, 9. Februar 5%	Essener Börse. — *Reichsbankausweis.* — *Südafrikanischer Goldminenausweis.* — *Transvaal Chamber of Mines.* — *G.-V.:* Ostafrikanische Bergwerks- u. Plantagen-Ges., Ver. Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg.
Dienstag, 10. Februar $5^1/_8$%	Düsseldorfer Börse. — Prämienerklärung Brüssel. — *G.-V.:* Lübecker Privatbank, Holzindustrie Hermann Schütt, Eisenwerk Wülfel, Wieler & Hardtmann. — Schluss der Einreichungfrist Rheinisch-Westfälische Land-Ges.
Mittwoch, 11. Februar $5^1/_8$%	Reports Brüssel. — *G.-V.:* Baumwollspinnerei Kolbermoor, Ocean-Dampfer-Akt.-Ges. Flensburg, Flensburger Dampfer-Compagnie, Berliner Hagel-Assecuranz-Ges., Brauerei Königstadt, Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Verein.
Donnerstag, 12. Februar $5^1/_8$%	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Schultheissbrauerei Akt.-Ges., Berliner Unions-Brauerei, Spandauerberg-Brauerei.
Freitag, 13. Februar 5%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Medioliquidation Brüssel. — *Deutschlands Branntwein- u. Zuckerstatistik — Dekadenausweis Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn.* — *G. V.:* Berliner Wäschefabrik Gebr. Ritter, Zuckerfabrik Genthin.
Sonnabend, 14. Januar 5%	Bankausweis New York. — Prämienerklärung Paris. — *G.-V.:* Maklerbank in Hamburg, Hannoversche Bank, Ottensener Bank, Stock & Co., Spiralbohrer Werkzeug- u. Maschinenfabrik, Kollmar & Jourdan Akt.-Ges., Aktienspinnerei Aachen, Ver. deutsche Petroleum-Akt.-Ges., Held & Francke Akt.-Ges., Bremer Rolandsmühle, Mechanische Baumwollweberei Kaufbeuren, Magdeburger Hagelversicherung-Ges., Akt.-Ges. f. Wagenbau vorm. J. Neuss i. L. — Schluss der Umtauschfrist Brauerei z. Felsenkeller, Einreichungfrist Aktien Granitwerk Steinerne Renne.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse der Grossbanken, Geschäftsberichte Berliner Hypothekenbank, Preussische Hypothekenbank.

Zulassunganträge (in Mill. ℳ):
Berlin: 8 4% Dortmunder Stadtanleihe, 8 Aktien 5% Obl. Electrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Lahmeyer, 2 4% Hagener Stadtanl., 10 5% Obl. Elektrizitäts-Lieferungs-Ges., 30 6% Vorzugs-Aktien Deutsch-Uebersee-Elektrizitäts-Ges. Dresden: 1,25 Aktien Dresdener Schnellpressenfabrik Brockwitz b. Coswig. Frankfurt a. M.: 1 Aktien Reiniger, Gebbert & Schall, 5 Neue Aktien Siemens Elektrische Betriebe. Augsburg: 6 4% Augsburger Stadtanl.

Verlosungen:
10. Februar: 2% Antwerpener 100 Fr. (1903), 4% Pariser 500 Fr. (1876). 14. Februar: $2^1/_2$% Griechische Nationalbank Prämien-Anl. (1904). 15. Februar: $2^1/_2$% Brüsseler 100 Fr. (1902), 3% Crédit foncier Egyptien (1886, 1903, 1911), Freiburger 10 Fr. (1878), Holländische 15 Gld. (1904), Panama-Kanal 400 Fr., 5% Sofia 50 Fr. (1896).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Warenmarktpreise im Januar 1914

	2.	8.	15.	22	29.	
Weizen New York	101	$101^1/_2$	102	$101^1/_2$	$100^1/_4$	cts. per bushel
Weizen Berlin	$195^3/_4$	$198^1/_4$	$199^1/_2$	$198^1/_2$	199	M. per Tonne
Mais Chicago	$68^1/_2$	$65^1/_4$	$66^5/_8$	$65^3/_4$	$66^7/_8$	cts. per bushel
Mais Berlin	143,50	141,50	142.50	142,—	142,—	M. per Tonne
Roggen Berlin	161	$161^1/_2$	$162^3/_4$	$162^1/_4$	161,75	M. per Tonne
Hafer Berlin	157,25	157,—	157,75	156,75	156,75	M. per Tonne
Mehl Berlin	19,95	19,95	20.20	20.15	20,15	M. per dz
Rüböl Berlin	65,50	65,10	64,70	64,70	64,80	M. per dz
Eisen Glasgow	—	$50/4^1/_2$	$50/4^1/_2$	$50\ 8^1/_2$	50/9	sh/d per ton
Silber London	$26^7/_{16}$	$26^5/_8$	$26^1/_2$	$26^7/_{16}$	$26^3/_{16}$	d per Unze
Kupfer London	$64^1/_2$	$63^5/_8$	63	$64^3/_4$	$65^7/_8$	£ per ton
Zinn London	$168^1/_4$	167	$167^1/_2$	$172^3/_4$	$181^1/_2$	£ per ton
Zink London	$21^5/_8$	$21^9/_{16}$	$21^5/_8$	$21^5/_8$	$21^5/_8$	£ per ton
Blei London	$18^1/_2$	$19^1/_4$	20	$20^1/_2$	$20^1/_4$	£ per ton
Baumwolle New York	12,50	12,30	12,85	13,—	12,85	cts. per amerik. Pfd.
Baumwolle Liverpool	6,69	6.60	6,82	—	6,71	cts. per engl. Pfd
Baumwolle Bremen	65	$63^1/_4$	$64^3/_4$	$65^1/_2$	$64^3/_4$	Pf. per $^1/_2$ kg
Wolle Antwerpen	$6,17^1/_2$	6.15	$6,22^1/_2$	$6,27^1/_2$	$6,27^1/_2$	Fr. per kg
Zucker Hamburg	$9,02^1/_2$	9.10	9.25	$9,27^1/_2$	9,35	M. per 50 kg
Kaffee Hamburg	50	$50^3/_4$	$51^3/_4$	$50^3/_4$	$51^1/_4$	Pf. per $^1/_2$ kg
Petroleum New York Standard white	8,75	8,75	8,75	8.75	8,75	cts. per Gallone
Salpeter Hamburg	10,10	$10,02^1/_2$	$10.17^1/_2$	10,20	10,10	M. per 50 kg
Schmalz Chicago	10,65	10,80	11,05	$11,12^1/_2$	10,90	Doll. per 100 Pfd.

Antworten des Herausgebers.

Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

Rechtsanwalt G. in München. Anfrage: „1) Wo findet sich eine nach Anfangs- und Endtag genaue Zusammenstellung des Reichsbankdiskontsatzes für die letzten 15 Jahre? 2) In Ihren Besprechungen der börsenmässigen Wertpapiere, insbes. auch in Ihren Empfehlungen zu Kapitalsanlagen glaube ich eine bemerkenswerte und m. E. unverdiente Nichtberücksichtigung süddeutscher Werte konstatieren zu müssen, insbes. der doch sehr guten Eisen- und Versicherungsaktien. Ich glaube, dass ich im Sinne verschiedener Ihrer Abonnenten und Leser handle, wenn ich Sie bitte, vielleicht ab und zu auch diesen Werten Ihre Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen."

Antwort: 1) Eine vollständige Zusammenstellung der offiziellen Zinssätze der Reichsbank seit dem Jahre 1876 bis 1910 inkl. findet sich in der 1912 erschienenen offiziellen Jubiläumsschrift: „Die Reichsbank 1876—1912, (Reichsdruckerei). Eine Zusammenstellung, die die 3 letzten Jahre enthält, finden Sie in „Neumanns Kurstabellen" (M. 6,— pro Jahrgang). 2) Auf die von Ihnen gerügte Vernachlässigung süddeutscher Werte habe ich meinen Mitarbeiter aufmerksam gemacht. Der Hauptgrund für dieses Vorkommnis liegt natürlich in dem durchaus berechtigten Bestreben meines Mitarbeiters, nur Werte zu empfehlen, die einen möglichst grossen Markt haben, was auf die meist nur an den Börsen von München und Augsburg gehandelten süddeutschen Werte nicht immer zutrifft. Nach Möglichkeit soll jedoch fortan eine Berücksichtigung stattfinden.

E. J. in Görlitz. Anfrage: „Als Abonnent des Plutus erlaube ich mir die ergebene Frage, ob es in deutscher Sprache eine Schrift gibt: Wie liest man den Londoner Kurszettel? Wie unterscheidet man £ und Stück Notiz."

Antwort: Die recht ausführlich gehaltene Schrift von Otto Max Wittstock „Die Londoner Fondsbörse" (2,50 *M*), dürfte Ihnen auf Ihre Fragen befriedigende Auskunft geben.

A. K. in L.-Schleussig. Anfrage: Ich gestatte mir die Anfrage, ob Ihnen etwa ein Buch bekannt ist, das ähnlich, wie dies bei „Neumanns Amerikanische Bahnen" bezüglich der Eisenbahnen der Fall ist, die Kursbewegungen der amerikanischen Industrie-Aktien enthält. Ob das Buch in englischer oder deutscher Sprache gedruckt ist, ist mir unerheblich."

Antwort: Mir ist nur bekannt: J. Singer, Die amerikanischen Eisenbahn- und Industriepapiere. Das Buch bringt Kurstabellen der bedeutenderen Industriepapiere vom Jahre 1900—1909 inkl. Seit 1910 ist keine Neuauflage des Werkes erschienen. Vielleicht ist einer der Leser des „Plutus" in der Lage ein analoges Buch in englischer Sprache namhaft zu machen.

O. M. in Berlin-Steglitz. Anfrage: „Ich suche ein Buch, in dem deutlich, besonders für Laien verständlich, dargestellt wird, wie man sich bei Zwangsversteigerungen zu verhalten hat, und auch, wenn man ein Haus übernehmen muss in der Zwangsversteigerung, welche Kosten dann erwachsen."

Antwort: Zur Orientierung sind geeignet: Schlegel: Was muss man beim An- und Verkauf von Häusern, Grundstücken und Baustellen wissen? (2 *M*). Schneider: Das Grundeigentum A. B. C. (1,80 *M*). Claus: Leitfaden für den Hypothekengläubiger im Zwangsversteigerung- und Zwangsverwaltungverfahren (4 *M*) Umfangreichere Werke sind: Peiser: Zwangsverwaltung von Grundstücken (6 *M*). Freund: Zwangsvollstreckung in Grundstücken (8 *M*).

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Seide.[1])

Beide Gruppen werden einem etwas verschiedenen Vorbereitungprozess unterworfen, dessen Verschiedenheit darin begründet ist, dass man die Kokons erst öffnete und kämmen muss, ehe man ihre Masse mit derjenigen der übrigen Abfälle zwecks Spinnerei vereinigen kann. Die

Fadenabfälle (Flockseide, Waltseide, Strazze), die auch unter dem Namen

„Strusi" zusammengefasst werden, lässt man zunächst in geheizten Wasserbassins

faulen, was, je nach der Wärme, Tage oder Wochen erfordert. Zweck dieses Prozesses ist, die

Bast- oder Leimschicht der Fäden zu zerstören. Statt des Faulens kann man auch die

Entbastung innerhalb weniger Tage in warmem Seifenwasser vornehmen, in welchem übrigens auch die in den Wasserbassins gefaulten Abfälle abgespült werden müssen. Es folgt dann ein

kaltes Waschen, ein

Trocknen und ein

Einsprengen. Etwas komplizierter gestaltet sich die Vorbereitung der Kokons, die man unter gleichzeitigem

Stampfen mit warmem Seifenwasser behandelt oder faulen lässt. An das nachfolgende Waschen, Trocknen und Einsprengen setzt hier das sogenannte

Dreschen, Klopfen und Oeffnen an, das mittels besonderer

Maschinen (Dreschmaschinen, Kokonöffner) erfolgt, wodurch die Kokons geöffnet und von den Puppenresten befreit werden, um dann durch den Oeffner, der im wesentlichen einem Krempelwolfe, wie er auch in der übrigen Textilindustrie zur Verwendung kommt, gleicht, von sonstigen Unreinigkeiten befreit und zu einer Art Watte aufgelöst zu werden, die dann auf weiteren Maschinen gekämmt wird. Alsdann setzen die Prozesse der

Vorspinnerei, des

Feinspinnens, Zwirnens, Putzens und Aufhaspelns ein, die im Prinzip der Baumwoll- und Kammgarnspinnerei gleichen. (Schluss folgt.)

[1]) Siehe Plutus Jahrg. 1913 S. 827, Jahrg 1914 S 86, 106 fl

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 70 HGB.

Darf ein in ärztlicher Behandlung stehender Angestellter ausgehen, ehe er gesund geschrieben ist? Die Klägerin war krank gewesen und wollte sich vom Kassenarzt gesund schreiben lassen. Zu diesem Zwecke wollte sie ihn eines Sonnabends nachmittags aufsuchen, kam aber zu spät zur Sprechstunde. Sie machte dann einige Besorgungen und ging auch zur Klavierstunde. Geschäftsschluss war um 5 Uhr. Die Klägerin wurde am Sonntag darauf gesund geschrieben. Als sie am Montag ins Geschäft kam, ist sie entlassen worden, weil sie ausgegangen sei, ohne gesund geschrieben zu sein. Das Gericht erklärt die Entlassung für ungerechtfertigt.

§ 72 Ziffer 1 HGB.

Eigenmächtige Ausfüllung des Krankenscheines durch den Angestellten. Die Klägerin ist entlassen worden. Unter anderem gibt die Beklagte als Grund an, sie habe sich eigenmächtig einen Krankenschein genommen, als sie krank wurde, und ihn ausgefüllt; allerdings habe es ihr obgelegen, die Krankenscheine für die Angestellten auszufüllen, sie habe das aber doch nicht tun dürfen, wo es sich um ihre eigene Person gehandelt habe. Das Gericht erblickt in dem eigenmächtigen Ausfüllen des Krankenscheines keinen Entlassungsgrund. (Urteil der II. Kammer vom 26. Januar 1914.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile. Zur Entwicklungsgeschichte der Geldwirtschaft und der Papierwährung. Von Dr. Ernst Wagemann. Preis geh. ℳ 6,–, geb. ℳ 7. München und Leipzig 1913. Verlag von Duncker & Humblot.

Das Zeitalter der Naturalwirtschaft in Chile. — Die arbeitteilige und kapitalistische Ausgestaltung der Produktion. — Die Salpeterindustrie. — Die Kupferproduktion. — Die Landwirtschaft. — Das Gewerbe. — Die Entfaltung des Verkehrs und des Kredits. — Die Verkehrsmittel. — Der Handel. — Die Banken. — Das Börsenwesen, insbesondere der Devisenmarkt. — Die Entwicklung des Geld- und Finanzwesens. — Die Geschichte der Währung und der Konjunkturen. — Der Wechselkurs. — Die Zahlungmittel. — Die Finanzen. — Grundlagen und Folgen der Geldwirtschaft. — Die Fremdenwirtschaft. — Die nationale Wirtschaftkraft. — Die Bevölkerungzahlen. — Der Volkscharakter.

Berliner Monatskurse. X. Lieferung. Tabellarische Zusammenstellung sämtlicher Notierungen der Berliner Fondsbörse. Nach amtlichen Feststellungen im November 1913 mit höchsten und niedrigsten Kursen, Aktienkapital, Obligationenkapital, Reserven, Zinsterminen, Emissionshaus und Dividenden der letzten 10 Jahre. Herausgegeben vom Verlag der Berliner Monatskurse G. m. b. H., Berlin W. 35. Die Berliner Monatskurse erscheinen nach Schluss jedes Monats. Abonnement pro Quartal ℳ 3 50.

Depositenbanken eines Agrarlandes. Eine vergleichende Untersuchung der Banken Mecklenburgs auf Grund von Monographien und 8 Kurventafeln im Text. Von Dr. Hans Dittmar. 10. Ergänzungheft des Archivs für exakte Wirtschaftforschung (Thünen-Archiv). Preis brosch. ℳ 10,80. Jena 1913, Verlag von Gustav Fischer.

Die Entwicklung der einzelnen Banken. — Vorbericht über die wirtschaftlichen Bedingungen der ersten Bankgründungen. — Die Monographien. — Die Rostocker Bank als Notenbank. — Der Zusammenbruch der Rostocker Vereinsbank. — Die Rostocker Bank als Kreditbank. — Die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank. — Die Mecklenburgische Sparbank. — Die Vereinsbank in Wismar. — Mecklenburgische Bank. — Rostocker Gewerbebank. — Die Vergleichung der einzelnen Geschäftszweige. — Die Passivgeschäfte. — Das verantwortliche Kapital der Banken. — Das Depositengeschäft. — Sonstige Passivgeschafte. — Die Aktivgeschäfte. — Allgemeines. — Die bereiten Mittel. — Das Diskontgeschäft. — Das Lombardgeschäft. — Das Kontokorrentgeschäft. — Das Effektengeschäft. — Beteiligungen und Konsortialgeschäfte Das Liquiditätproblem. — Literatur. — Ergebnisse und Folgerungen.

Zeitschrift für die Gesamte Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft. Schriftleitung Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Manes. Band XIV. 1. Januar 1914. 1. Heft. Berlin 1914. Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Kgl. Hofbuchhandlung.

Gemeinnützige Fonds bei privaten Feuerversicherung-Anstalten. Von Prof Dr. jur. Rehm, Strassburg. — Die Verwaltungkosten der Volksversicherung. Von Mathematiker Wendt, Berlin. — Vom Grundsatze der allgemeinen Gefahrendeckung im Seeversicherungrecht, insbesondere die Gefahr des Verschuldens der Schiffsbesatzung. Von Landgerichtsdirektor Dr. jur. Ritter, Hamburg. — Ueber die Bewertung der Albuminurie durch den Lebensversicherungarzt. Von Stabsarzt Dr. Frick, Berlin. — Die neuen Hagelversicherungbedingungen. Teil I. Von Kammergerichtsrat Hagen, Berlin. — Der Beharrungzustand und die Beziehungen zwischen Umlage und Kapitaldeckung bei der sozialen Unfallversicherung. Von Geh. Reg. Rat Dr. Pietsch, Berlin-Lichterfelde. — Rechtsprechung in Transport-Versicherungsachen. Von Dr. rer. pol. et jur. Brüders, Berlin. — Entscheidungen auf dem Gebiete des Feuerversicherungwesens. Von Reg. Rat Petersen, Berlin. — Der Reservencharakter des Gewinnvortrags bei den Aktiengesellschaften für Sachversicherung. Von Prof. Dr. phil. et jur. Passow, Aachen.

Handbuch der Kunstwissenschaft. Herausgegeben von Dr. Fritz Burger. Privatdozent an der Universität, Lehrer an der Akademie der bild. Künste in München. Lieferung 10. und 11. Einzelpreis 2,— ℳ. pro Lieferung. Berlin-Neubabelsberg, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H.

Lieferung 10. Gruppierungfragen der Böhmischen Tafelbilder. — Künstlerische Herkunft der Meister des Hohenfurther Heilzyklus. — Der Meister des Hohenfurther Gnadenbildes. — Künstlerische Gegensätze in den Schulen der Hauptmeister. — Verarbeitung italienischer und französischer Vorbilder. — Lieferung 11. Die Wenzelsche Periode. — Der Bildschmuck der Wenzelhandschriften und ihre französischen Vorbilder. — Tafelbilder der Menzelschen Zeit.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. 1913. 26. Heft. Alle 14 Tage ein Heft. Preis 50 Pfg. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin.

Bulgarien nach den Balkankriegen. Von Janko Sakasow. — Marx und Engels. Von Paul Kampfmeyer.

— Zum Streik der Aerzte. Von Wolfgang Heine. — Amerikanische Landwirtschaftentwicklung. Von Max Schippel. — Der Eroberungzug der Maschinen im Bäckergewerbe. Von Otto Eggerstedt.

Die Kunstwelt. Deutsche Zeitschrift für die bildende Kunst. Vierzehntagsausgabe. Preis 1,— *M.* pro Heft. Berlin W. 62, Kunstweltverlagsgesellschaft m. b. H.

Heft 2. Monumentalbilder von Georg Lührig. Von Prof. Dr. Erich Haenel. — Marnix D'Haveloose. Von Max Hochdorf, Brüssel. — Die Zukunft der Deutschen Kunst, Umfrage. Von Dr. jur. L. Lippert, Hamburg, Prof. Fritz Mackensen, Weimar, Wilhelm Schmidtbonn, Geh. Rat W. v. Seydlitz, Prof. Franz v. Stuck, München, Prof. Hugo Vogel, Berlin, Prof. Dr. Wilh. Waetzoldt, Halle a. S., Ernst Freiherr von Wolzogen. Geh. Rat Carl H. Ziese, Prof. H. v. Zügel, München Heft 3. Unser Bühnenbild und Ernst Stern. Eine Skizze von Gustav E. Pazaurek, Stuttgart. — Moderne Szenenentwürfe. — Olaf Gulbranssons Figurinen. Von Felix Lorenz. — Der Zuschauerraum des Theaters. Von Johannes Seiffert. — Zur Frage der neuesten Kunstrichtungen. Von Prof. Hans Thoma. — Maskenzüge.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen **sämtlicher** deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Baugesellschaft Werderscher Markt, Berlin, 19. 2., 15. 2., 19. 1. ● Actien-Bau-Verein „Unter den Linden“, Berlin, 17. 2., 13. 2., 28. 1. ● Actien-Brauerei und Brennerei Krummenweg vorm. F. Unterhössel, Düsseldorf, 20. 2., 16. 2., 30. 1. ● Actien-Cementfabrik Schlewecke i. Liqu., Schlewecke, 14. 2., —, 27. 1. ● A.-G. für Circus- und Theater-Bau, Frankfurt a. M., 18. 2., 16. 2., 26. 1. ● A.-G. für Grunderwerb i. Liqu., Duisburg, 16. 2., 12. 2., 23. 1. ● A.-G. für Wagenbau vorm. Josef Neuss i. Liqu., Berlin, 14. 2., 12. 2., 24. 1. ● A.-G. Reederei Juist, Norden, 20. 2., 17. 2., 29. 1. ● Allgemeine Häuserbau-A.-G., Berlin, 20. 2., 18. 2., 24. 1. ● Automobil-Verkehrs- und Uebungs-Strasse A.-G., Berlin, 21. 2., —, 30. 1.

Bade- und Schwimmanstalt für Frauen und Mädchen A.-G., Mannheim, 20. 2., —, 30. 1. ● Bank des Berliner Kassen-Vereins, Berlin, 17. 2., 13. 2., 22. 1. ● Baugesellschaft Kaiser-Wilhelm-Straße, Berlin, 21. 2., 17. 2., 28. 1. ● Baumwollspinnerei Senkelbach, Augsburg, 16. 2., 12. 2., 24. 1. ● Baumwollweberei Zöschlingsweiler, Augsburg, 17. 2., 14. 2., 21. 1. ● Bayerische Bodencredit-Anstalt, Würzburg, 19. 2., 15. 2., 26. 1. ● Berliner Hagel-Assekuranz-Gesellschaft von 1832, Berlin, 11. 2., —, 24. 1. ● Bremer Jute-Spinnerei und Weberei A.-G., Bremen, 17. 2., 14. 2., 20. 1. ● Berliner Weinstuben A.-G. „Zum Rosenkavalier“ i. Liqu., Berlin, 21. 2., —, 26. 1. ● Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Braunschweig, 21. 2., 18. 2., 22. 1.

Carlton - Hotel A.-G. Esplanade - Palast - Hotel (Fürstenhof), Frankfurt a. M., 18. 2., 12. 2., 26. 1. ● Chemische Fabrik Oldenbrok A.-G., Bremen, 14. 2., 13. 2., 28. 1. ● Creditverein Volkach A.-G., Volkach, 21. 2., —, 30. 1. ● Crefelder Baumwoll-Spinnerei A.-G., Crefeld, 18. 2., 14. 2., 23. 1.

Dampfbäckerei Bremen A.-G., Bremen, 18. 2., —, 30. 1. ● Dampfschiffahrtsgesellschaft auf dem Wurmsee, München, 17. 2., 14. 2., 24. 1. ● Deutsche Immobilien-A.-G., Aachen, 18. 2., —, 8. 1.

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann & Co. A.-G., Halle a. S., 20. 2., 17. 2., 24. 1. ● Fett-Raffinerie A.-G., Bremen, 14. 2., 11. 2., 24. 1. ● Flensburg-Stettiner Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Flensburg, 14. 2., 12. 2., 26. 1. ● Ferd. Flinsch A.-G. für Maschinenbau- und Eisengiesserei i. Liqu., Frankfurt a. M., 18. 2., 14. 2., 24. 1. ● Fürstenwalder Creditbank A.-G., Fürstenwalde (Spree), 5. 2., —, 26. 1.

Gasanstalt Kaiserslautern, Kaiserslautern, 9. 2., —, 24. 1. ● Gasthaus Kohlhof A.-G., Heidelberg, 21. 2., 18. 2., 30. 1. ● Gladbacher Actien-Baugesellschaft, M.-Gladbach, 19. 2., —, 30. 1. ● Grundstücks-Gesellschaft, Leipzig, 20. 2., 17. 2., 29. 1.

Hamburger Getreide-Lagerhaus A.-G., Hamburg, 17. 2., 31. 1., 23. 1. ● Hamburg-Kieler Frachtschiffahrt A.-G., Hamburg, 18. 2., —, 29. 1. ● Handwerkerbank Spaichingen A.-G., Spaichingen, 21. 2., 16. 2., 26. 1. ● J. C. Hedemann A.-G., Quakenbrück, 20. 2., 17. 2., 26. 1. ● Held & Francke A.-G., Berlin, 14. 2., 10. 2., 26. 1. ● Hennessen & Jansen A.-G., M.-Gladbach, 21. 2., —, 23. 1. ● Hitdorfer Brauerei Friede A.-G., Cöln, 16. 2., —, 24. 1. ● Hubertus Braunkohlen-A.-G., Cöln, 20. 2., 17. 2., 28. 1.

Kammgarnspinnerei Gautzsch bei Leipzig A.-G., Leipzig, 16. 2., —, 21. 1. ● Kieler Creditbank, Kiel, 19. 2., 17. 2., 28. 1. ● Kleinbahn-A.-G. Grosswusterwitz—Ziesar—Görzke, Ziesar, 21. 2., —, 27. 1. ● Kölledaer Bank, Kommanditgesellschaft auf Actien, Kölleda, 15. 2., —, 17. 1. ● Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, Cöln, 18. 2., —, 30. 1. ● Krefelder Seidenfärberei A.-G., Crefeld, 16. 2., —, 29. 1. ● Kur- und Wasserheilanstalt Godesberg A.-G., Godesberg a. Rh., 14. 2., —, 26. 1.

Landwirtschaftl. Creditanstalt A.-G., Regensburg, 12. 3., —, 28. 1. ● Lederwerke Wieman A.-G., Hamburg, 19. 2., 14. 2., 27. 1. ● Lipsia, chem. Fabrik, Mügeln (Bez. Leipzig), 16. 2., —, 28. 1. ● Lux'sche Industriewerke A.-G., Ludwigshafen a. Rh., 18. 2., 15. 2., 26. 1.

Magdeburger Hagelversicherungs - Gesellschaft, Magdeburg, 14. 2., —, 24. 1. ● Maschinenbau-A.-G. vorm. Ph. Swiderski, Leipzig, 16. 2., —, 30. 1. ● Mayener Bürgerverein A.-G., Mayen, 17. 2., —, 28. 1. ● Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Augsburg, 19. 2., 16. 2., 24. 1. ● Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Kaufbeuren, 14. 2., —, 30. 1. ● Mechanische Weberei am Fichtelbach, Augsburg, 20. 2., 17. 2., 24. 1. ● Mech. Weberei am Mühlbach, Augsburg, 21. 2., 18. 2., 26. 1. ● Metzer Brauerei A.-G., Metz, 21. 2., 18. 2., 5. 1. ● Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G., Frankfurt a. M., 20. 2., 17. 2., 21. 1.

Neue Baumwollen-Spinnerei, Bayreuth, 12. 2., —, 26. 1.

Obernkirchener Sandsteinbrüche A.-G., Bremen, 21. 2., 20. 2., 30. 1. ● Oppelner Portland-Cement-Fabriken vorm. F. W. Grundmann, Oppeln, 19. 2., 14. 2., 27. 1. ● Osterholz-Scharmbecker Bank A.-G., Osterholz-Scharmbeck, 14. 2., 12. 2., 27. 1. ● Osthavelland Terrain-A.-G. am Grossschiffahrtsweg, Berlin, 21. 2., 18. 2., 20. 1.

St. Pauli Credit-Bank, Hamburg, 21. 2., 16. 2., 24. 1. ● F. M. Pelzer A.-G., Mainz, 17. 2., 13. 2., 26. 1. ● Portland-Cementfabrik Drachenberg A.-G., Hannover, 16. 2., 13. 2., 23. 1. ● Preussische Pfandbrief-Bank, Berlin, 21. 2., 19. 2., 20. 1.

Rhederei der Saale-Schiffer A.-G., Halle a. d. S., 13. 2., —, 27. 1. ● Rheinisch-Westfälische Boden-Creditbank, Cöln, 18. 2., 14. 2., 19. 1. ● Rheinschiffahrt A.-G. vorm. Fendel, Mannheim, 14. 2., 11. 2., 26. 1. ● J. F. Riemann, Mechanische Webereien A.-G., Nordhausen, 14. 2., 10. 2., 28. 1. ● Rüdersdorfer Dampfschiffahrts-A.-G., Kalkberge, 18. 2., 16. 2., 21. 1.

Sächsische Dachsteinwerke vorm. A. von Petrikowsky A.-G., Riesa, 14. 2., —, 27. 1. • Sendig-Hotel A.-G., Charlottenburg, 21. 2., 19. 2., 27. 1. • Sophienbad Eisenach A.-G., Eisenach, 20. 2., —, 24. 1. • Spar- und Vorschuss-Verein, Grosshartmannsdorf, 15. 2., —, 28. 1. • Spinnerei und Weberei Offenburg, Offenburg, 21. 2., 13. 2., 23. 1.

Schlesische A.-G. für Portlandcementfabrikation, Oppeln, 21. 2., 18. 2., 22. 1. • Schlosshotel A.-G., Gotha, 19. 2., 16. 2., 24. 1.

Stolberger Bank, Stolberg, 20. 2., 16. 2., 26. 1.

Tschöpelner Werke A.-G., Tschöpeln, 17. 2., 13. 2., 23. 1.

Vereinigte Deutsche Petroleum-Werke A.-G., Berlin, 14. 2., 11. 2., 26. 1. • Vogtländische Tüllfabrik A.-G., Plauen i. V., 17. 2., 13. 2., 23. 1. • „Vulkan"-Maschinenfabrik A.-G., Budapest, 14. 2., 5. 2., 28. 1.

Wasserwerk zu Frankfurt a. O., Frankfurt a. O., 13. 2., 12. 2., 26. 1. • Westdeutsche Marmor- und Granitwerke A.-G., Dortmund, 18. 2., 15. 2., 19. 1.

Zahnräderfabrik Köllmann A.-G., Leipzig, 21. 2., 17. 2., 28. 1. • Zuckerraffinerie Genthin A.-G., Genthin, 13. 2., 10. 2., 26. 1. • Zwickauer Abfuhr-Gesellschaft, Zwickau, 18. 2., —, 30. 1. • Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Verein, Zwickau, 11. 2., —, 24. 1.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom . Febr. 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4325	4425
Alte Haase	1400	1550
Blankenburg	1800	1950
Brassert	10500	10800
Caroline	2800	2950
Carolus Magnus	5800	6200
Constantin der Gr.	50500	53500
Diergardt	2750	2850
Dorstfeld	10400	11400
Ewald	42000	45000
Friedrich der Grosse	26700	27500
Fröhliche Morgensonne	9900	—
Gottessegen	2775	2950
Graf Bismarck	—	65000
Graf Schwerin	13000	13500
Heinrich	5400	5800
Helene & Amalie	18700	19700
Hermann I III (3000 Kuxe)	4800	4950
Johann Deimelsberg	7175	7250
König Ludwig	30500	31500
Langenbrahm	16300	17200
Lothringen	30000	30500
Mont Cenis	17000	17600
Oespel	3125	3225
Rudolf	450	550
Schürb. & Charlottbg.	2300	2390
Trappe	2300	2350
Trier (3000 Kuxe)	6800	6900
Unser Fritz	16800	17400
Westfalen (10 000 Kuxe)	1375	1650
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1725	1800
Bruckdorf-Nietleben	—	1600
Germania	925	1000
Gute Hoffnung	4500	4650
Humboldt	1400	1475
Leonhard	7500	7700
Lucherberg	—	2250
Michel	8000	8200
Neurath	825	900
Prinzessin Victoria	1000	1150
Schallmauer, Braunk.	3350	3400
Wilhelma	2500	2600
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	8200	8400
Aller Nordstern	1300	—
Beienrode	3500	3525
Bergmannssegen	5550	5700
Braunschweig-Lüneburg	—	1800
Burbach	9500	10000
Buttlar	100	—
Carlsfund	4300	4500
Carlsglück	375	425
Carlshall	1900	2000
Carnallshall	2600	2800
Deutschland, Justenbg.	2300	2400
Einigkeit	2800	2900
Fallersleben	1125	1175
Felsenfest	2600	2700
Gebra	—	3800
Glückauf, Sondershausen	16700	17200
Günthershall	4350	4450
Hansa Silberberg	4750	4900
Hedwig	1300	1350
Heiligenmühle	750	800
Heiligenroda	9550	9750
Heimboldshausen	—	1700
Heldrungen I	750	800
Heldrungen II	825	875
Herfa	2000	2150
Heringen	5550	5650
Hermann II	1200	1250
Hohenfels	3975	4075
Hohenzollern	5950	6150
Hugo	8000	8200
Hüpstedt	2500	2600
Immenrode	3800	3900
Irmgard	750	800
Johannashall	2800	3000
Kaiseroda	6050	6200
Mariaglück	1250	1300
Marie	2600	2700
Marie-Louise	2600	2700
Max	3225	3325
Meimerhausen	850	950
Neurode	2000	2150
Neusollstedt	3000	3150
Neustassfurt	9400	9600
Prinz Eugen	3500	—
Ransbach	—	1700
Reichenhall	1300	1350
Rothenberg	2175	2275
Sachsen-Weimar	6700	6900
Salzmünde	5100	5250
Siegfried I	3700	3800
Siegfried-Giesen	—	—
Theodor	3500	—
Thüringen	3350	3450
Volkenroda	4450	4600
Walbeck	3500	3850
Walter	1400	1450
Weyhausen	—	2250
Wilhelmine	450	500
Wilhelmshall	7900	8000
Wintershall	—	18750
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	50%	52%
Bismarckshall	82%	84%
Hallesche Kaliwerke	43%	45%
Hattorf	91%	93%
Heldburg	36%	37%
Justus Act.	79%	81%
Krügershall	108%	109%
Ronnenberg Act.	87%	89%
Salzdethfurt	312%	315%
Steinförde	—	30%
Teutonia	60%	62%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	425	485
Eiserner Union	750	800
Fernie	2750	2850
Flick	80	100
Freier Grunder Bgw.-V.	575	625
Ver. Henriette	1150	1250
Louise Brauneisenst.	1750	1800
Neue Hoffnung	10	25
Wilhelmine	1050	1125

☞ Wir machen unsere Leser ausdrücklich auf den Prospekt des **Verlages von B. G. Teubner** in **Leipzig** aufmerksam, der diesem Heft beiliegt. ☜

Zeichnungs-Einladung.

4% Deutsche Schutzgebietsanleihe

für das Rechnungsjahr 1913

im Gesamtbetrage von **nom. M. 45 000 000**

eingeteilt in Stücke von M. 5000, M. 2000, M. 1000, M. 500, M. 100

mit Zinsgenuss vom 1. Januar 1914 ab.

Tilgung beginnend im Rechnungsjahre 1914 mit 3/5 % jährlich zuzüglich ersparter Zinsen durch Pariauslosung oder Ankauf, verstärkte Tilgung und Gesamtkündigung vom Rechnungsjahre 1928 ab zulässig.

Für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe haften die an der Anleihe beteiligten Schutzgebiete: **Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika als Gesamtschuldner und das Reich als Bürge.** Die Anleihe ist deshalb nach § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuches **reichsmündelsicher.**

Die Notiz der Anleihe an den Börsen von Berlin, Frankfurt a. M. und Hamburg wird veranlasst werden.

Vorstehende

nom. M. 45 000 000 4% reichsmündelsichere Schutzgebietsanleihe

werden unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt:

1. Die Zeichnung findet statt **am Dienstag, den 10. Februar 1914**

gleichzeitig

in **Berlin** bei der **Seehandlungs-Haupt-Kasse,**
„ „ **Deutschen Bank,**
„ „ **Direct. d. Disconto-Gesellsch.,**
„ dem Bankhause **Mendelssohn & Co.,**
„ „ „ **S. Bleichröder,**
„ „ „ **Delbrück, Schickler & Co.,**
„ „ „ **von der Heydt & Co.,**
„ der **Bank für Handel und Industrie,**

„ **Frankfurt a. M.** „ „ Deutschen Bank, Filiale Frankfurt,
„ „ Direction der Disconto-Gesellschaft,
„ dem Bankhause Jacob S. H. Stern,
„ der Filiale der Bank für Handel u. Industrie,

„ **Hamburg** „ „ Deutschen Bank Filiale Hamburg,
„ „ Norddeutschen Bank im Hamburg,
„ dem Bankhause L. Behrens & Söhne,
„ „ „ M. M. Warburg & Co.,
„ der Bank f. Handel u. Industrie, Fil. Hamburg,

„ **Bremen** „ „ Deutschen Bank Filiale Bremen,
„ „ Direction der Disconto-Gesellschaft,

„ **Cöln** „ dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie.,

in **Cöln** bei der Bergisch Märkischen Bank Köln,
„ „ Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft Köln, A.-G.,

„ **Dresden** „ „ Sächsischen Bank zu Dresden,
„ „ Deutschen Bank Filiale Dresden,
„ „ Allg. Deutsch. Credit-Anstalt, Abt. Dresden.

„ **Hannover** „ „ Hannoverschen Bank.
„ dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn,
„ „ „ Hermann Bartels,
„ der Bank f. Handel u. Industrie, Fil. Hannover.

„ **Leipzig** „ „ Deutschen Bank Filiale Leipzig,
„ „ Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
„ „ Filiale der Sächsischen Bank z. Dresden,
„ „ Bank f. Handel u. Industrie, Fil. Leipzig,

„ **Mannheim** „ „ Rheinischen Creditbank,
„ „ Süddeutschen Disconto-Gesellschaft,
„ „ Badischen Bank,
„ „ Süddeutschen Bank, Abt. d. Pfälzischen Bank,
„ „ Bank f. Handel u. Industrie Fil. Mannheim,

„ **München** „ „ Deutschen Bank Filiale München,
„ „ Bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank,
„ „ Bank f. Handel u. Industrie, Fil. München,

„ **Stuttgart** „ „ Württembergischen Vereinsbank

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden und auf Grund der bei den Stellen erhältlichen Anmeldungsformulare. Früherer Schluss der Zeichnung bleibt dem Ermessen jeder einzelnen Stelle vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt **96.50%**

zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. Januar cr. bis zum Zahlungstage. Ein **Schlussscheinstempel** ist **nicht** zu entrichten.

3. Bei der Zeichnung ist auf Verlangen der Zeichnungsstelle eine Kaution von 5% des gezeichneten Betrages in bar oder börsengängigen, von der betreffenden Stelle für zulässig erachteten Wertpapieren zu hinterlegen.
4. Zeichnungen, welche unter Uebernahme einer Sperrverpflichtung übernommen werden, finden vorzugsweise Berücksichtigung.
5. Die Zuteilung, welche sobald als möglich nach Schluss der Zeichnung durch schriftliche Benachrichtigung der Zeichner erfolgt, unterliegt dem freien Ermessen jeder einzelnen Zeichnungsstelle.
6. Der Kaufpreis der zugeteilten Stücke ist bei derjenigen Stelle, bei der die Anmeldung erfolgt, vom 20. Februar cr. ab zu zahlen, spätestens aber bei Lieferung der Stücke, welche vom 5.—12. März cr. abzunehmen sind.

Berlin, Frankfurt a. M., Cöln a. Rh., Hamburg, im Februar 1914. (5640)

Deutsche Bank. Direction der Disconto-Gesellschaft. Mendelssohn & Co. S. Bleichröder.
Delbrück Schickler & Co. von der Heydt & Co. Bank für Handel und Industrie.
Jacob S. H. Stern. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Norddeutsche Bank in Hamburg. L. Behrens & Söhne.
M. M. Warburg & Co.